



## Parlamentssitzung 11. Februar 2013

## Protokoll

Schloss Köniz, Rosstall  
19.00 – 22.20 Uhr

**Vorsitz** Erica Kobel-Itten (FDP)

**Anwesend** Annemarie Berlinger-Staub (SP)  
Bernhard Bichsel (FDP)  
Adrian Burkhalter (SVP)  
Christian Burren (parteilos)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Mario Fedeli (SP)  
Thomas Frey (BDP)  
Martin Graber (SP)  
Philippe Guéra (BDP)  
Hermann Gysel (EVP)  
Beat Haari (FDP)  
Hanspeter Kohler (FDP)  
Verena Koshy (CVP)  
Andreas Lanz (BDP)  
Stefan Lehmann (SVP)  
Patrik Locher (EVP)  
Ruedi Lüthi (SP)  
Anna Mäder (SP)  
Hans Moser (SVP)

Anita Moser Herren (FDP)  
Heinz Nacht (SVP)  
Christof Nydegger (SVP)  
Hansueli Pestalozzi (Grüne)  
Markus Plüss (Grüne)  
Jan Remund (Grüne)  
Mathias Rickli (Grüne)  
Christian Roth (SP)  
Stephan Rudolf (BDP)  
Elisabeth Rüegsegger (SVP)  
Christoph Salzmann (SP)  
Ronald Sonderegger (FDP)  
Hugo Staub (SP)  
Stephie Staub-Muheim (SP)  
Barbara Thür (GLP)  
Thomas Verdun (SVP)  
Markus Willi (SP)  
Ulrich Witschi (BDP)  
Bernhard Zaugg (EVP)

**Entschuldigt** Liz Fischli-Giesser (Grüne)

**Gemeinderat** Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident  
Ueli Studer (SVP), Vizepräsident  
Rita Haudenschild (Grüne)

Katrin Sedlmayer (SP)  
Urs Wilk (FDP)

**Sekretärin** Verena Remund

**Protokoll** Ruth Spahr

## Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. Januar 2013 .....	9
2.	Kommissionsersatzwahlen.....	9
3.	Altes Schulhaus Thörishaus - Beitrag an Umbau und Sanierung und Übernahme Miteigentumsanteil.....	9
4.	Schulanlage Bodengässli Niederscherli - Umgestalten Kunststoffrasenspielfeld und Einrichten Garderobenanlage im UG der alten Turnhalle.....	14
5.	Tram Region Bern - Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes - Bericht .....	18
6.	Spiegel, Spiegeldörfli - Wasserleitungersatz und Sanierung Quartierstrassen .....	24
7.	Liebefeld, Gartenstadtstrasse Höheweg - Wasserleitungersatz und Belagssanierung .....	29
8.	1215 Postulat (FDP.Die Liberalen) "ICT Ausrüstung an Könizer Schulen" .....	30
9.	Verschiedenes.....	33

## Begrüssung

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Ich begrüsse alle Anwesenden, die den Weg durch die heute starken Schneefälle gefunden haben, herzlich zur Parlamentssitzung.

Es sind 39 Parlamentsmitglieder anwesend. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

## Mitteilungen

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Die Sitzordnung im Parlament hat minimale Änderungen erfahren. Dies deshalb, weil die BDP-Fraktion zurzeit nicht im Parlamentsbüro vertreten ist. Aus diesem Grund ist deren Platzbedarf im Plenum gestiegen, was zu leichten Verschiebungen führt.

Die Akten für die heutige Sitzung sind Ihnen am 17. Januar 2013 zugesandt worden. Mit Nachversand ist Ihnen das Protokoll der Sitzung vom 18. Januar 2013 am 29. Januar 2013 zugestellt worden.

## Traktandenliste

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt Traktandum 2, Kommissionsersatzwahlen.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

### 1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. Januar 2013 (Nachversand)

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 18. Januar 2013 wird genehmigt.

### 2. Kommissionsersatzwahlen (allfällige Akten: Nachversand)

Da keine Wahlen vorzunehmen sind, entfällt dieses Traktandum.

### 3. Altes Schulhaus Thörishaus - Beitrag an Umbau und Sanierung und Übernahme Miteigentumsanteil Kredit und Beschluss; Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Den Bericht und Antrag des Gemeinderats dazu haben Sie mit den Parlamentsakten erhalten. Das Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktionsvoten. Nach den Einzelvoten folgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Ich spreche hier stellvertretend für Christian Roth, weil er an der GPK-Sitzung von letzter Woche nicht teilnehmen konnte.

Zum Sachverhalt: Seit 1971 wird das alte Schulhaus Thörishaus nicht mehr durch die Schule benützt. Die Schule ist der Gemeinde Neuenegg unterstellt und die heutigen Nutzungen – wie in der Vorlage beschrieben – sind freiwillige Aufgaben der Gemeinde Köniz, wie sie in den verschiedensten Ortsteilen der Gemeinde Köniz wahrgenommen werden. In Thörishaus werden diese Dienstleistungen in einem Gebäude angeboten, bei welchem die Gemeinde Köniz Miteigentümerin ist. Das soll nebenbei gesagt gemäss Unterlagen nun auch im Grundbuch so festgehalten werden. Ähnliche Infrastrukturangebote wie in Thörishaus werden beispielsweise im alten Schulhaus Schliern, in der Villa Bernau, in verschiedenen Mehrzweckeinrichtungen von Schulanlagen und in Kirchgemeindezentren, zum Teil in privatem Besitz und zum Teil in Gemeindebesitz, angeboten.

Im August 2011 fand eine gemeinsame Besichtigung von Gemeindevertretern der beiden Gemeinden Neuenegg und Köniz statt. Dannzumal wurde der Sanierungsbedarf ermittelt. Das Bauprojekt wurde durch die Gemeinde Neuenegg ausgearbeitet und durch die Abteilung Gemeindebauten Köniz begleitet. Bis anhin wurde jeweils auf diese Weise vorgegangen und das soll auch in Zukunft so gehandhabt werden. Im neuen Vertrag fand ich allerdings keine explizite Formulierung dazu. Da die beiden Gemeinden jedoch ein gutes Verhältnis pflegen, sollte dies keine Schwierigkeiten machen.

Die Gemeindeversammlung Neuenegg hat sich bereits im Mai 2011 für die Sanierung entschieden, mit dem Bau wurde am 14. Januar 2013 begonnen. In der Gemeinde Köniz wird der Kredit erst heute vom Parlament beraten, weil lange nicht klar war, wer für dieses Geschäft zuständig ist: Die Abteilung Gemeindebauten, die Finanzabteilung oder die Direktion Bildung und Soziales (DBS). Hinzu kommt, dass die DBS personelle Engpässe hat. Solche Unklarheiten sollen künftig nicht mehr vorkommen. Investitionskredite sollen – analog den Beispielen Ballsporthalle Weissenstein (mit Bern) und Eisbahn Schwarzwasser (mit Schwarzenburg) – in beiden Gemeinden gleichzeitig beschlossen werden. Das ist zumindest der Wunsch der GPK. Wenn das Parlament den Kredit heute ablehnt, würde die Gemeinde Neuenegg die Gesamtkosten tragen müssen, was ein Signal für Neuenegg wäre, dass die Gemeinde Köniz kein Interesse an einer Zusammenarbeit hat, so die Meinung von Gemeinderat Ueli Studer. Die Kita in Thörishaus besteht aktuell aus einer Gruppe mit 12 Plätzen, davon sind 7 subventioniert und 2,5 dieser 7 Plätze sind für die Gemeinde Köniz reserviert. Auf Seite des Berichts ist dies falsch aufgeführt. Mit dem geplanten Ausbau würde eine Erhöhung auf 24 Kita-Plätze möglich. Wie der Vorlage zu entnehmen ist, soll für die künftige Zusammenarbeit betreffend Liegenschaft altes Schulhaus ein neuer Vertrag vereinbart werden. Der zurzeit gültige Vertrag stammt aus dem Jahr 1903 und der Nachtrag aus dem Jahr 1946 ist ebenfalls nicht mehr aktuell, denn in der Zwischenzeit hat sich die Nutzung völlig verändert.

Christian Roth und ich hatten die Möglichkeit, den alten mit dem neuen Vertrag zu vergleichen. Wir fragten nach der Rechtsgrundlage und erhielten die Antwort, dass gemäss Art. 61 Buchstabe c der Gemeinderat jährlich wiederkehrende Ausgaben bis zu 60'000 Franken beschliessen kann. Daraus leitet der Gemeinderat ab, dass er den Vertrag in eigener Kompetenz beschliessen kann. Ich hätte es begrüsst, wenn Art. 61 Buchstabe c in der Vorlage zitiert worden wäre, weil dem Parlament bekannt sein muss, auf welcher gesetzlichen Grundlage der Gemeinderat handelt. Der Grundbucheintrag ist nicht zwingend, die Zusammenarbeit kann mittels Vertrag geregelt werden. Weil die Gemeinde bis anhin jeweils die Hälfte der Investitionskosten übernommen hat, möchte sie dafür aber einen gesicherten Gegenwert und deshalb diesen Eintrag. Die GPK stimmt dem zu. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass auch in Zukunft immer wieder Unterhalts- und Sanierungsausgaben notwendig werden.

Zur Nachhaltigkeit: Diese ist – wie fast immer – schwer zu quantifizieren. Die vorhandene Nutzung fördert auf jeden Fall den sozialen Zusammenhalt des auf zwei Gemeinden aufgeteilten Thörishaus. Nach dem Umbau wird das Gebäude der Holzschnitzelheizung der Käserei Thörishaus angeschlossen sein, die auf Könizer Gemeindeboden steht. Beim vorliegenden schlanken Projekt ist keine Sonnenenergie-Anlage vorgesehen, wie auch keine Gesamtsanierung. Eine solche wird, gemäss Auskunft der Abteilung Gemeindebauten, in absehbarer Zeit nicht erfolgen. Der energetische Zustand des Hauptteils des Gebäudes ist auf dem Stand von 1903.

Zu den Finanzen: Der Kredit für die Sanierung ist nicht im Investitionsplan eingestellt, die Höhe der künftigen Mietzinseinnahmen ist noch nicht bekannt. Gemäss Vorlage ist künftig nicht mit einem Gewinn zu rechnen, weil die Abschreibungen jährlich 10 Prozent betragen.

Zu den Folgekosten: Da die Hälfte der Kosten durch die Gemeinde Neuenegg getragen wird, können die aufgeführten Zahlen jeweils halbiert werden. Bis jetzt betrugen die Betriebskosten, welche die Gemeinde Neuenegg der Gemeinde Köniz verrechnete, zwischen 500 und 8'000 Franken pro Jahr. Aufgrund der Darstellung ist nicht genau ersichtlich, um wie viel höher diese Kosten sein werden, sondern nur, dass die Betriebs- und Folgeerträge künftig in etwa aufgehen. Neu ist vorgesehen, dass sämtliche Investitionen von mehr als 300'000<sup>1</sup> Franken als Verpflichtungskredite behandelt werden und beide Gemeinde ihre Anteile übernehmen. Sämtliche vom finanzkompetenten Organ bewilligten Investitionen werden der Gemeinde Köniz per Ende Jahr netto zur Hälfte in Rechnung gestellt.

<sup>1</sup> An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Zum Schluss ein Musterchen aus dem alten Vertrag: In Art. 1 ist festgehalten: "Diejenige der beiden vertragsschliessenden Gemeinden auf deren Gebiet das Schulhaus zu stehen kommt, übernimmt den Ankauf des notwendigen Terrains (Bauplatz, Turnplatz und Pflanzland für die Lehrerschaft) und des Brunnens. Die Ausführung des Baues erfolgt nach einem von beiden Gemeinden zu genehmigenden Plan. In Aussicht genommen ist ein Bau, berechnet für zwei Klassen von je wenigstens 70 Kindern."

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig die Annahme der beiden Anträge des Gemeinderats.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP):** Als Volksvertreter des Wangental beschäftige ich mich mit den Anliegen der Wangentaler Bevölkerung. In Thörishaus liegt eine spezielle Situation vor, die auf einem Vertrag aus dem Jahr 1903 beruht, der die Kosten und die Nutzung des alten Schulhauses Thörishaus regelt. Durch die Schliessung des Restaurants Hirschen und dessen Saal fehlt den Vereinen und Interessengruppen die Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen. Mit dem Erhalt des alten Schulhauses und der sanften Renovation haben die Vereine die Möglichkeit, ihre Veranstaltungen dort durchzuführen. Für die BDP-Fraktion ist die realistische Planung der Renovation ein zweiter wichtiger Punkt. Im Hinblick auf die Lebenserwartung einer solchen Liegenschaft macht es durchaus Sinn, eine einfache und sinnvolle Realisierung einer Renovation anzustreben. Anstelle einer sehr aufwendigen ökologischen Gesamtsanierung wird mit dem Antrag eine finanziell tragbare Weiternutzung der Infrastruktur sichergestellt. Die BDP-Fraktion unterstützt den Kreditantrag des Gemeinderats sowie die vertragliche Neuregelung der Besitzverhältnisse.

**Fraktionssprecher Patrik Locher (EVP):** Das vorliegende Projekt macht aus Sicht der CVP/EVP/GLP-Fraktion aus mehreren Gründen Sinn. Erstens wird Raum durch Organisationen neu belebt, der bis anhin lediglich als Lagerstätte diente. Solche Orte sind wichtig und bieten die Möglichkeit, dass die Bewohner von Thörishaus weiterhin ihrem wichtigen Engagement nachgehen können, umso mehr wenn andernorts solcher Raum leider immer rarer wird. Zweitens wird die Kita über mehr Platz verfügen und kann dadurch mehr Kinder aufnehmen. Drittens können die Kinder, aufgrund der Anpassung der Küche, im alten Schulhaus bekocht werden, was heutzutage nicht in allen Kitas möglich ist, aber vom Personal gewünscht und geschätzt wird. Da die Gemeindegrenze quasi mitten durch Thörishaus verläuft und der Nutzen des Umbaus der Bevölkerung – insbesondere Familien und Vereinen – dient, macht eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit hier grossen Sinn.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Heidi Eberhard (FDP):** Seit mehr als 100 Jahren hat sich die gut nachbarschaftliche Zusammenarbeit bewährt und der gemeindeübergreifende Nutzen für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinden Köniz und Neuenegg als gut erwiesen. Rund ein Viertel, ca. 1'000 Einwohnende, der Thörishauser Bevölkerung wohnen auf Könizer Gemeindeboden. Einige Könizer Unternehmen haben ihren Standort in Thörishaus. Da machen eine weitere Beteiligung und Zusammenarbeit beim alten Schulhaus Thörishaus durchaus Sinn. Die Gemeinde Köniz stellt jeweils ein Mitglied der Schulkommission.

Die FDP-Fraktion erachtet es daher als sinnvoll, das Projekt zu unterstützen.

Unsere Fraktion fragte sich, ob aufgrund der gebotenen Sparmassnahmen und der Zweiteiligkeit von Thörishaus eine Beteiligung an einer Investition in der Gemeinde Neuenegg, die sich im Amt Laupen befindet, gegeben ist. Insbesondere auch, weil bis anhin der 110- oder je nach Lesart 67-jährige "Konkubinatsvertrag" zwischen den beiden Gemeinden hinsichtlich Besitzverhältnisse beim alten Schulhaus Thörishaus noch keinen Eintrag ins Grundbuch gefunden hat. Diesem suboptimalen Umstand wird nun aber mit dem vorliegenden Antrag Rechnung getragen. Der Grundbucheintrag ist vorgesehen und die Gemeinde Neuenegg ist gar bereit, der Gemeinde Köniz ihren Eigentumsanteil mit öffentlich beurkundetem Vertrag formal korrekt einzuräumen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Liegenschaft nach Umbau und Sanierung zu Selbstkosten geführt und die monetären Aufwendungen durch Mieteinnahmen gedeckt werden. Es ist zwar auch längerfristig nicht mit einem Ertrag zu rechnen. Der immaterielle Gewinn aber, den die Gemeinde Köniz mit diesem Vorhaben realisiert, deckt dies ab.

Wir kommen zum Schluss, dass die moderate Sanierung gut überlegt ist und viele davon profitieren können: Die Kita, die auch durch die Gemeinde Köniz genutzt wird, die Vereine und die Gemeinde Köniz, die das hälftige Miteigentum durch den Eintrag ins Grundbuch künftig in ihrer Bilanz aufführen kann.

Die FDP-Fraktion dankt der DBS für die Vorbereitung des Geschäfts und wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne):** Das alte Schulhaus Thörishaus ist für die Fraktion der Grünen aus sozial- und regionalpolitischen Gründen wichtig. Für die Gemeinschaft ist es wichtig, weil der Ausbau den Kita-Betrieb optimiert. Das alte Schulhaus Thörishaus ist aber auch wichtig für die Nutzung durch die Thörishauser Vereine. Zudem wird die Zusammenarbeit mit der Gemeinde Neuenegg gefördert und stärkt somit den internen Zusammenhalt des politisch geteilten Ortschaft Thörishaus. Die hälftige Übernahme der Liegenschaft ist für uns eine klare Sache. Über die Tatsache, dass es sich dabei um eine freiwillige Massnahme handelt, die nicht zu den Mindestaufgaben einer Gemeinde gehört, ist man sich bewusst.

Das Geschäft hat in unseren Augen aber auch einige Nachteile. Wir bedauern, dass nur eine so genannte "Pinselrenovation" vorgenommen wird und keine Isolationsmassnahmen vorgesehen sind. Die Kosten sind in unseren Augen, vor allem weil keine Isolationsmassnahmen getätigt werden, jedoch relativ hoch. In Zeiten der Energiewende wäre zumindest die Erwägung einer energetischen Renovation notwendig oder zumindest wäre uns zu erklären, weshalb keine vorgenommen wird. Wir vermissen auch die Aufführung der GEAK-Klasse. Das gehört aus unserer Sicht zu jedem solchen Geschäft aufgeführt und hier speziell, da es sich um Gebäude der Gemeinde Köniz handelt.

Die Neunutzung des alten Schulhauses ist für uns Grüne trotzdem richtig und wichtig und trotz den Nachteilen überwiegen die Vorteile klar. Wir werden den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Christian Roth (SP):** Das alte Schulhaus Thörishaus hat eine lange Geschichte hinter sich und genau so lange dauert die – wie uns Gemeinderat Ueli Studer versicherte – gute Zusammenarbeit der Gemeinden Neuenegg und Köniz. Im vorliegenden Traktandum wie auch beim nachfolgenden, betreffend das Kunstrassenfeld in Niederscherli, handelt es sich um die Übernahme von freiwilligen Leistungen und deshalb darf durchaus darüber diskutiert werden. Die SP-Fraktion hat dies intensiv getan und hat sich grossmehrheitlich für die Annahme des Kredits entschieden. Dies aus folgenden Gründen: Erstens handelt es sich beim alten Schulhaus Thörishaus um ein Haus der Gemeinschaften mit Vorbildcharakter. Es wird vielfältig durch die Bevölkerung von Thörishaus genutzt; viele Benutzergruppen gehen in diesem Haus ein und aus. Solche gemeinschaftlichen Räume sind für das Florieren und die Lebendigkeit eines Quartiers von unschätzbarem Wert. Weil Thörishaus zur Hälfte Gemeinde Köniz ist, ist für die SP-Fraktion klar, dass wir unseren Anteil beitragen, um dieses Juwel zu erhalten. Zweitens sind Kita-Plätze rar und dies insbesondere im Wangental. Ich kenne Eltern, die seit mehr als eineinhalb Jahren auf einen Kita-Platz für ihre beiden Kinder in Thörishaus warten. Dies bei einer durchschnittlichen Wartezeit von derzeit wenigen Monaten. Es ist also auch in den Augen der SP-Fraktion wichtig und nötig, wenn die Kita Thörishaus die dringende notwendigen Kita-Plätze anbieten kann. Die Gemeinde Köniz ist aufgefordert, die notwendige Anzahl an subventionierten Kita-Plätzen im Rahmen des Kooperationsvertrags mit der Gemeinde Neuenegg rasch möglichst aufzustocken. Drittens soll die gute Zusammenarbeit der beiden Gemeinden, insbesondere im Hinblick auf das gemeinsam geführte Schulhaus Stucki, ausgebaut werden. Die Gemeinde Köniz arbeitet in vielfältiger Weise mit den benachbarten Gemeinden zusammen. Mit der Gemeinde Neuenegg im Bereich der Kita oder im Bereich der Schule. Wenn wir hier die kalte Schulter zeigen würden, wäre eine weitere Zusammenarbeit schwierig. Die SP-Fraktion setzt auf die bis anhin gute Zusammenarbeit und will sie stärken.

Nicht zuletzt: Es ist richtig, das Miteigentum der Gemeinde Köniz an diesem Gebäude im Grundbuch einzutragen. Das klärt die oben erwähnte Zusammenarbeit und macht sie verbindlicher. Wenn wir diesem Geschäft zustimmen, weist die erhöhte Zusammenarbeit den richtigen Weg.

Auch wir haben zwei "Aber-Punkte" zu diesem Geschäft: Erstens ist eine energetische Sanierung des alten Schulhauses im derzeitigen Umbau nicht vorgesehen, was die SP-Fraktion sehr bedauert und auch nicht der Könizer Vorbild-Wirkung in Energiefragen entspricht. Es ist daher Anliegen der SP-Fraktion, dass der Gemeinderat auch bei gemeinsamen Projekten mit anderen Gemeinden die fortschrittliche Könizer Politik nicht aus den Augen verliert.

Da wird zu einem späteren Zeitpunkt nachzubessern sein. So könnte z. B. eine Klausel im Vertrag aufgenommen werden, mit der die energetische Sanierung mittels Absichtserklärung aufgenommen wird. Es wäre schön, wenn die Nutzung der Sonne als Energieträger nicht vergessen geht. Weil es sich zweitens wie der Gemeinderat festhält, um ein schlankes Projekt handelt, werden auch künftig weitere Kosten betreffend altes Schulhaus Thörishaus anfallen. Ich denke z. B. an die oben erwähnten fehlenden Investitionen in die Energieeffizienz des alten Schulhauses. Das stellt in den Augen der SP-Fraktion kein Hindernis dar, dem Geschäft zuzustimmen; aber in unseren Augen ist der Gemeinderat angehalten, den künftig notwendigen Investitionsbedarf zusammen mit dem Gemeinderat zu ermitteln und in die Investitionsplanung der Gemeinde Köniz aufzunehmen. Wir wollen keine Überraschungen erleben, sondern das Könizer Parlament soll rechtzeitig darüber informiert werden, was im alten Schulhaus in Thörishaus in späteren Jahren noch zu investieren ist.

**Fraktionssprecher Adrian Burkhalter (SVP):** Auch die SVP-Fraktion wird beiden Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Unserer Fraktion ist wichtig, dass das alte Schulhaus Thörishaus erhalten bleibt. Vor allem für die Vereine und für die Kita. Wir erklären uns auch damit einverstanden, dass der Vertrag neu geregelt und das Miteigentum der Gemeinde Köniz im Grundbuch festgeschrieben wird. Das ist für die Verbindlichkeit sehr wichtig. Uns interessiert Folgendes: Der Kredit für die Sanierung ist im Finanzplan nicht enthalten. Wo wird allenfalls gekürzt? Ist keine Kompensation vorgesehen, rutscht der Voranschlag 2013 in die roten Zahlen.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Die Erarbeitung des vorliegenden Projekts geschah in Zusammenarbeit mit diversen Abteilungen und Direktionen: Die Finanzabteilung, die Liegenschaftsverwaltung und die Abteilung Gemeindebauten, aber auch die DBS sind daran beteiligt. Die DBS legt Ihnen nun dieses Geschäft vor, weil es sich um soziokulturelle Bereiche und Raumanbietungen handelt, die über die institutionelle Sozialhilfe laufen.

Ich danke für die sehr gute Aufnahme des Geschäfts. Heute wird ein klares Zeichen dafür gesetzt, dass die bis anhin gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde Neuenegg auch so bleiben wird. Auch wenn wir dem Geschäft heute vielleicht nicht zugestimmt hätten, würde nicht alles auseinanderfallen, wie vorhin angetönt, weil wir mit dem Gemeinderat von Neuenegg über Jahre eine sehr gute Zusammenarbeit in den Bereichen Schule, Spitex, Kinderbetreuung pflegen. Die Zustimmung zum Geschäft stellt aber ein klares Zeichen für den Zusammenhalt eines politisch geteilten Dorfes dar. Denn je länger je mehr gehen private Räumlichkeiten für grössere Veranstaltungen verloren.

Ich möchte an dieser Stelle Christoph Salzmann für die intensive Prüfung des Geschäfts danken.

In Bezug auf die energetische Sanierung sind Fragen aufgetaucht. Ihnen allen ist bewusst, dass bei Gebäuden, die die Gemeinde Köniz allein betreffen, energetische Standards eingehalten werden und dem GEAK entsprechen müssen. Bei der Sanierung des alten Schulhauses Thörishaus handelt es sich um eine so genannte "Pinselsanierung". Wird das Gebäude aber der-einst umfassend saniert und fällt diese noch in meine Amtszeit, werden die entsprechenden Standards beachtet.

Zur Frage von Adrian Burkhalter, an welcher Stelle allenfalls gekürzt werden müsse, weil dieser Kredit nicht im Investitionsplan enthalten ist: Zurzeit muss keine Direktion verzichten. Wird dem Kredit heute zugestimmt, wird er aktiviert. Zum jetzigen Zeitpunkt ist keine Einsparung anders-orts vorgesehen.

Jan Remund hat festgehalten, dass der Kredit für eine "Pinselrenovation" relativ hoch ist. Es handelt sich aber nicht nur um eine reine Pinselrenovation.

In Bezug auf die Kita: Mit der Sanierung des alten Schulhauses bietet sich in Thörishaus die Chance, neue Kita-Plätze zu schaffen und dafür sind wir dankbar.

---

## Beschluss

1. Für den Beitrag der Einwohnergemeinde Köniz an den Umbau und die Sanierung des "alten Schulhauses" Thörishaus (inkl. Grundbucheintrag) wird ein Kredit von CHF 253'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto 3940.503.0751 bewilligt.
2. Der unentgeltlichen Übernahme eines Miteigentumsanteil von 1/2 an der Parzelle Neuenegg / 30 durch die Gemeinde Köniz wird zugestimmt.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **4. Schulanlage Bodengässli Niederscherli - Umgestalten Kunststoffrasenspielfeld und Einrichten Garderobenanlage im UG der alten Turnhalle**

Kredite; Direktion Sicherheit und Liegenschaften und Direktion Bildung und Soziales

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Der Bericht und Antrag des Gemeinderats ist Ihnen mit den Parlamentsunterlagen zugestellt worden. Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten, zum Schluss erfolgt die Abstimmung.

**GPK-Referent Christoph Salzmann (SP):** Auch hier empfiehlt Ihnen die GPK einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Die Notwendigkeit der Sanierung des Sportplatzes ist in der Vorlage in Kapitel 1 zur Ausgangslage gut beschrieben. Das Thema ist ausgiebig rund um das Postulat 0922 "Erhöhung der Auslastungskapazität bei gemeindeeigenen Sportrasenplätzen durch entsprechende Massnahmen" mehrere Male erörtert worden. Das Postulat wurde am 20. Januar 2012 abgeschrieben.

Der Sportplatz bei der Schulanlage Bodengässli wird von der Schule und durch den Freizeitsport genützt. Aufgrund der intensiven Nutzung durch den Freizeitsport muss der Platz schneller saniert werden, als wenn er nur durch die Schule benützt wird. Auch hier: Die Bereitstellung von Infrastruktur für Freizeit und Sport ist eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde. Das ist bereits in der Antwort des Gemeinderats zum Postulat Engi festgehalten. Hier im Parlament bestreitet wohl niemand, dass diese freiwillige Aufgabe sinnvoll ist. Durch die Realisierung eines Kunstrasenfeldes in Niederscherli kann die Anlage intensiver genutzt werden. Bis anhin haben viele Benützer sowohl die Halle als auch den Sportplatz gleichzeitig gemietet, damit auch bei schlechtem Wetter Trainingsmöglichkeiten vorhanden sind. Mit dem Kunstrasenfeld können die Turnhalle und der Sportplatz parallel vermietet werden, was die Realisierung einer zusätzlichen Garderobe notwendig macht. Weitere Gründe für die zusätzliche Garderobe sind auf Seite 2 im Kapitel "Projekt" beschrieben. Es geht hier auch um den Kinder- und Jugendschutz und wird von der Aktion "cool und clean" von Swiss Olympic empfohlen. Das in der Vorlage erwähnte kantonale Schwingfest 2013 verursacht nicht den Sanierungsbedarf, denn saniert werden muss so oder so. Der Satz auf Seite 1: "Dies führt unweigerlich zu einer Beschädigung des Rasenfeldes. Anstelle einer Reparatur oder Sanierung des Naturrasenfeldes soll deshalb ein Kunststoffrasenfeld eingebaut werden", ist für mich beim nochmaligen Lesen etwas missverständlich. Der Sanierungsbedarf kann in meinen Augen nicht dem Schwingfest angelastet werden. Sollte das Parlament den Kredit nicht bewilligen, müssen für die Durchführung des Schwingfestes Ausweichmöglichkeiten gesucht werden. Solche sind bereits vorüberlegt worden, versicherte mir der OK-Präsident, Gemeinderat Ueli Studer. Das Schwingfest wird keine Wiederherstellungskosten übernehmen müssen.

Zu den Finanzen: Die Schätzung der Investitionskosten für die Realisierung eines Kunststoffrasenfeldes wurde durch die Firma Müller Wildbolz Partner GmbH erstellt, die auf die Realisierung von Sportplätzen spezialisiert ist. Die Kosten für die Garderobenanlage sind durch die Abteilung Gemeindebauten selber geschätzt worden. Eine Submission ist noch nicht erfolgt. Aufgrund der Kostenschätzungen wird eine öffentliche Ausschreibung erfolgen, somit kann die ganze Welt mitoffrieren. Eine gewisse Unsicherheit in den Berechnungen ergibt sich, weil nicht genau bekannt ist, was nach 30 Jahren Nutzung im Untergrund anzutreffen sein könnte. Der Sportfonds wird – hoffentlich – einen Beitrag von 100'000 Franken bezahlen. Diese Subvention ist im Kredit noch nicht berücksichtigt.

Bei der Beantwortung des Postulats Engi ist ein Auszug aus einer Basler Studie aufgeführt, mit dem aufgezeigt wird, dass die Vollkosten für eine Spielstunde auf 45 Jahre berechnet für Kunst- oder Naturrasen in etwa gleich hoch sind: 130 Franken für ein Naturrasenfeld gegenüber 129 Franken für ein Kunststoffrasenfeld. Das ist ein Fingerzeig, aber auch nicht mehr. Wie weit die Basler Erkenntnisse auf die Gemeinde Köniz umgelegt werden können, ist schwierig zu beantworten. Für die Sanierung des Naturrasens würden jedoch auch Kosten von 900'000 Franken zu gewärtigen sein. Demgegenüber stehen 1,3 Millionen Franken für die Realisierung eines Kunststoffrasenfeldes. Kann das Kunstrasenfeld jedoch intensiver genutzt werden, wird dies pro benützte Stunde in etwa gleich viel ausmachen.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.



**Fraktionssprecher Martin Graber (SP):** Kunststoffrasenspielfeld, ein Wort mit 24 Buchstaben. Nicht zum ersten Mal debattieren wir hier über Vorteile und Kosten von Kunststoffrasenfeldern. Die Vorteile liegen auf der Hand und die Kosten sind – zumindest teilweise – in der Vorlage dargelegt. Ein wichtiger Vorteil für die Schulkinder von Niederscherli ist, dass der Platz ganzjährig genutzt werden kann. Die Erfahrungen mit dem Kunststoffrasenfeld in der Schulanlage Steinhölzli zeigen, dass ein solches Feld wirklich ganzjährig genutzt wird; nicht nur durch die Vereine, sondern auch durch die Schulkinder während der Pausen. Wenn sich Schulkinder in den Pausen draussen bewegen, ist dies für den Unterricht danach sehr gut. Ausserdem kann auf einem Kunststoffrasenfeld nicht nur Fussball gespielt, sondern es können auch andere Sportarten ausgeführt werden. Die Vorteile für die Vereine liegen auf der Hand: Fussballspielen ohne Spielfeld ist wie Skifahren ohne Skischuhe. Ein weiterer Vorteil für Sportvereine ist ausserdem, dass durch die Realisierung des Kunststoffrasenfeldes mehr Platz in den Turnhallen vorhanden sein wird. Aus diesem Grund ist auch richtig, dass zusätzlicher Garderobenraum geschaffen wird. Ein weiterer Vorteil ist aus der Sicht der SP-Fraktion die gute Wahl des Zeitpunkts für die Realisierung. Das kantonale Schwingfest 2013 kann indirekt profitieren, ohne dass irgendjemandem Kosten entstehen.

Es bestehen aber auch einige Fragezeichen. Auf der ersten Seite der Botschaft ist aufgeführt: "Daher sollte beim Pflegeaufwand, der, unter Berücksichtigung, dass das Kunststoffrasenfeld einige Wochen länger genutzt werden kann, mit einem Naturrasen vergleichbar ist, nicht gespart werden." Wenn ich diesen Satz richtig interpretiere, wird der Unterhalt teurer zu stehen kommen als bis anhin. In der von Christoph Salzmann angeführten Studie geht man von 10 Prozent höheren Unterhaltskosten aus. Tatsache ist, dass der Kunststoffrasen länger genutzt werden kann. Der Unterhalt gehört gemäss Beilage 1.3 zu den Folgekosten, untertitelt mit "Finanzielle Transparenz bei Beschlüssen". Hier fehlt mir jedoch die Transparenz etwas, denn unter den Folgekosten sind beim Sach- und Personalaufwand 0 Franken aufgeführt, d. h. gleichbleibend trotz Mehrnutzung. Das scheint mir nicht richtig, wenn aufgeführt ist, dass beim Unterhalt nicht gespart werden darf. Es ist auch nicht stringent, wenn keine Veränderung aufgeführt ist, denn im vorhergehenden Geschäft sind diese Kosten aufgeführt.

Zusammenfassend: Viele Vorteile stehen einigen Fragezeichen gegenüber. Die Realisierung von Kunststoffrasenfeldern ist eine freiwillige Aufgabe der Gemeinde. Wenn aber irgendjemand einen Beweis dafür braucht, dass diese freiwillige Aufgabe sinnvoll ist, hat uns Petrus heute Abend kräftig unter die Arme gegriffen. Heute um 18.00 Uhr fuhr ich bei dichtestem Schneetreiben zur Schulanlage Steinhölzli und auf dem Kunstrasenfeld wurde tatsächlich Fussballtraining abgehalten. Die von mir befragten Jugendlichen trainieren dreimal wöchentlich, wovon bei jedem Wetter zweimal draussen und einmal in der Halle. Auf Naturrasen wäre dies schlicht nicht möglich.

Der vorliegende Antrag ist nicht so elegant verfasst wie ein Fussballspiel des FC Barcelona; vielleicht hat man sich dafür eher an den Young Boys orientiert. Ich wage trotzdem eine – nicht allzu schwierige – Prognose: Ich glaube, heute Abend wird das Kunststoffrasenfeld einen Kantersieg einfahren. Auch die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecherin Verena Koshy (CVP):** Am Rasenfeld in Niederscherli fahre ich sehr viel vorbei und sehe fast immer entweder Kinder am Fussballspielen oder Fussball Trainierende. Bei schlechtem Wetter spielen die Kinder auf dem Hartplatz, dort kann jedoch nicht Fussball gespielt werden.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion steht hinter dem Projekt und stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Die Kosten sind mehrmals erwähnt worden. Ich stelle fest, dass der Unterschied für den Unterhalt zwischen Kunststoff- und Naturrasenfeld pro Quadratmeter 1.35 Franken beträgt. Ich erkundigte mich bei einem Funktionär des FC Sternenberg nach der Meinung des Vereins. Der FC Sternenberg freut sich auf die Realisierung eines Kunststoffrasenfeldes in Niederscherli, damit entsteht die Möglichkeit für vermehrtes Training draussen. Gut ist auch, dass sich der Bahnhof von Niederscherli nahe der Schulanlage befindet. Somit könnten auch andere Fussballclubs aus der Region dort trainieren. Die gemachten Erfahrungen mit dem Kunststoffrasenfeld im Steinhölzli sind gut, auch die Schneeräumung funktioniert bestens. Wir von der oberen Gemeinde freuen uns, dass ein zweites Kunststoffrasenfeld in der oberen Gemeinde realisiert wird. Auch die Realisierung einer zusätzlichen Garderobe ist in unseren Augen sehr sinnvoll.

**Fraktionssprecher Beat Haari (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt das vorliegende Geschäft in allen Punkten und schliesst sich der Argumentation im Bericht an.

Der Gemeinderat, bzw. die DSL und die DBS nehmen mit diesem Geschäft nicht nur ein Anliegen der Fussballclubs der Gemeinde Köniz auf, sondern auch ein wichtiges Anliegen der FDP-Fraktion, die mit dem Postulat 0922, Engi, "Erhöhung der Auslastungskapazität bei gemeindeeigenen Sportrasenplätzen durch entsprechende Massnahmen" aufzeigt, wie wichtig es ist, dass sich die Gemeinde Köniz den akuten Platzproblemen der Fussballvereine nicht nur bewusst wird, sondern sie auch annimmt und mindestens hinreichende Infrastruktur zur Verfügung stellt. Grundsätzlich unterstützt die FDP-Fraktion Vereinstätigkeiten in der Gemeinde Köniz; sie sind gesellschaftlich von grosser Bedeutung, bieten sie doch sinnvolle Freizeitbeschäftigungen für Jung und Alt. Das gilt selbstverständlich auch für die Sportvereine. Sport, und damit auch der Fussballsport, fördert eine aktive Bürgergesellschaft, ist ein vitaler gesellschaftlicher Akteur, er bietet eine bedeutungsvolle Lebenswelt für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Zudem leistet er in der Prävention wichtige Beiträge im Zusammenhang mit Gesundheit und Suchtverhalten. Mit der Realisierung des Kunststoffrasenfeldes in Niederscherli wird ein Beitrag zugunsten einer gut ausgebauten Infrastruktur geleistet, was sich positiv auf die Lebensqualität auswirkt und damit nicht zuletzt auch auf die Attraktivität unserer Gemeinde Köniz. Der gewählte Zeitpunkt für die Realisierung scheint plausibel, steht doch die Sanierung des Sportplatzes ohnehin bevor. Der Gemeinderat zeigt auf, dass er das Postulat Engi ernst nimmt und sich diesem Anliegen, sobald sinnvoll möglich und finanziell tragbar, auch annimmt. Dafür bedankt sich die FDP-Fraktion beim Gemeinderat bzw. bei der zuständigen Direktion. Klar sind mit der Umgestaltung des Sportplatzes Niederscherli nicht alle Platzprobleme der Fussballclubs in der Gemeinde Köniz gelöst, es ist aber doch ein begrüssenswerter Schritt in die richtige Richtung. Wir zählen darauf, dass der Gemeinderat das Anliegen auch in Zukunft im Auge behalten wird. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen, unter anderem auch deshalb, weil sie ja sagt zu einer sportlichen Zukunft unserer Jugend – Sport ist eine Lebensschulung –, weil sie der Meinung ist, dass die Jugend, unser bestes Kapital, es auch verdient hat, weil sich Kinder nur mehr bewegen können, wenn man ihnen Möglichkeiten bietet und weil die Notwendigkeit der Sanierung nachgewiesen und für die Schulkinder wichtig ist.

**Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne):** Die Fraktion der Grünen wird dem Geschäft einstimmig zustimmen.

Das Projekt ist ein klares Zeichen für die Sportförderung in der Gemeinde Köniz. Der Bedürfnisnachweis ist gegeben, hier gehe ich auf die Argumentation des Gemeinderats ein. Natürlich freut es uns in der oberen Gemeinde, dass das Kunststoffrasenfeld bei der Schulanlage Niederscherli realisiert wird. Die höhere Auslastung, 50 Prozent mehr als bisher, ist ein Argument, das uns überzeugt. Lehrkräfte in Niederscherli haben mir gesagt, dass die derzeitige Situation in Niederscherli schwierig ist. Dass zusätzlicher Garderobenraum geschaffen wird, ist nicht nur auf die künftige Doppelbelastung Halle/Kunststoffrasenfeld zurückzuführen, sondern auch auf die heutigen Ansprüche an Trainingsmöglichkeiten für Mädchen und Knaben.

Zum Schwingfest: Hier habe ich den Fraktionsreferenten nicht ganz verstanden. Wenn solche Feste organisiert werden, ist es üblich, dass die Organisierenden im Budget allfällige Retablierungsarbeiten einberechnen müssen. Meine Frage: Ist tatsächlich so verhandelt worden, dass das Schwingfest hier profitieren kann und nichts bezahlen muss, weil der Platz so oder so saniert werden muss oder ist eine allfällige Kostenbeteiligung vorgesehen?

**Fraktionssprecher Philippe Guéra (BDP):** Die BDP-Fraktion wird den Anträgen des Gemeinderats zustimmen.

Wir unterstützen Massnahmen im Könizer Sportbereich, die zu einer nachhaltig verbesserten Nutzung von bestehenden Anlagen führen; auch wenn dies etwas kostet. Dieses Mal kann die obere Gemeinde profitieren, als Hauptnutznießer der FC Sternenberg. Meine Erfahrung als langjähriger Könizer Fussballer zeigt allerdings, dass die Qualität des Fussballspiels nicht nur von der Trainingsunterlage abhängig ist. Leider ist die Rasenfläche zu klein, um Spiele der höheren Ligen durchzuführen, immerhin aber bringt der neue Sportplatz, neben dem grossen Nutzen für die Schule, diesen ebenfalls für alle Juniorenligen. Die zeitliche Koordination mit dem kantonalen Schwingfest ist elegant und zweckmässig zugleich, auch wenn damit ein effektiver Kostenfaktor des Grossanlasses etwas vernebelt wird.

**Fraktionssprecher Christian Burren (parteilos):** Wie mehrmals erwähnt handelt es sich bei der vorgesehenen Leistung um eine freiwillige der Gemeinde Köniz. Die 1,3 Millionen Franken für die Realisierung des Kunststoffrasenfeldes sind ein stolzer Betrag. Im Vergleich zu einer Sanierung des Naturrasens, die auf 900'000 Franken zu stehen kommt, ist sich die SVP-Fraktion einig, dass dieser Kredit vertretbar ist, wenn man ihm die mögliche Mehrnutzung gegenüberstellt.

Das Kunststoffrasenfeld verbessert die Trainingsmöglichkeiten der Sportvereine der oberen Gemeinde zweifellos markant. Wir sind der Meinung, dass es sich um eine sinnvolle Investition in unsere Infrastruktur handelt, mit einem grossen Nutzen für viele sportbegeisterte Bürger der Gemeinde Köniz.

Die SVP-Fraktion stimmt deshalb den Anträgen des Gemeinderats einstimmig zu.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Auch in diesem Fall danke ich Ihnen bestens für die überwiegend positive Aufnahme des Geschäfts. An dieser Stelle nochmals herzlichen Dank an Christoph Salzmann für die Prüfung des Geschäfts. Für uns ist wichtig, über ein Fussballfeld zu verfügen, das nicht während drei bis sechs Monaten pro Jahr gesperrt werden muss.

Zu Verena Koshy: Sie hat erwähnt, dass eine Nutzung durch andere Vereine aus der Region möglich sein könnte. Davor muss ich jedoch warnen. Wir werden sicher darauf bedacht sein, das Kunststoffrasenfeld optimal zu nutzen. Es ist jedoch so, dass auch nach der Realisierung dieses Kunststoffrasenfeldes immer noch ein Manko an Trainings- und Spielmöglichkeiten vorhanden sein wird. Der FC Sternenberg wird sehr froh um diese zusätzliche Möglichkeit sein, sollte jedoch darauf achten, nicht – weil nun diese Möglichkeit vorhanden ist – sein eigenes Feld zu schonen. Hier muss verhandelt werden.

Die zusätzlichen Garderoben sind auch angesprochen worden. Der Gemeinderat hat sich damit intensiv auseinandergesetzt und ist zur Überzeugung gelangt, dass es richtig ist, diese zusätzlichen Garderoben zeitgleich zu realisieren. Damit ist eine klare und von Swiss Olympic geforderte Trennung möglich.

Folgendes noch: Wenn nun die Hoffnung vorhanden ist, dass alle Trainierenden mit dem öV anreisen werden, ist dem nicht so, denn die Fussballspieler fahren am liebsten mit dem Auto gleich unter die Dusche. Mir ist aber wichtig, dass die Vereine auf den guten öV-Anschluss in Niederscherli aufmerksam gemacht werden.

Zum Schwingfest: Der Entscheid für die Durchführung des kantonalen Schwingfestes in Niederscherli ist bereits 2010 gefällt worden. Organisator ist der Schwingclub Schwarzenburg, der sich nach einem möglichst idealen Standort umsah und Niederscherli auswählte, weil hier bereits ein mittelländisches Schwingfest durchgeführt worden ist. Wenn während des Schwingfestes schönes Wetter herrschen wird, werden die Landschaften klein sein. Bei schlechtem Wetter jedoch werden grössere Schäden entstehen. Das Schwingfest selber findet nicht auf dem Schulareal statt, dort wird lediglich das Festzelt aufgestellt und wenn die Besuchenden bei schlechtem Wetter in das Festzelt strömen, können Schäden entstehen. Aus diesem Grund erachteten wir es als sinnvoll, wenn gleich nach dem Schwingfest die so oder so anstehende Sanierung angegangen wird. Es handelt sich um eine so genannte Win-Win-Situation. Die Organisatoren eines Schwingfestes suchen einen idealen Platz nicht im Hinblick darauf, mit den Sponsorengeldern die auf diesem Platz allfällig entstehenden Schäden zu bezahlen. Wenn auf dem Schulhausareal speziell für das Schwingfest notwendige Infrastruktur erstellt werden muss, wird mit dem OK zusammen die Beteiligung an diesen Kosten verhandelt. Auf dem Schulhausareal befindet sich zurzeit ein Baum, der jedoch für das Aufstellen des grossen Festzeltes ein Hindernis bedeutet und deshalb gefällt werden muss. Wir sind selbstverständlich bereit, diesen Baum zu ersetzen. Wir sind in ständigen Verhandlungen mit der Abteilung Gemeindebauten.

Die Sanierung des Rasenfeldes hätte unter Umständen noch um ein oder zwei Jahre nach hinten verschoben werden können, wäre aber spätestens dann notwendig. Die Durchführung des kantonalen Schwingfestes hat hier vielleicht für eine verstärkte Dynamik gesorgt.

**Gemeinderat Urs Wilk (FDP):** Auch ich danke für die positive Aufnahme des vorliegenden Geschäfts. Ich versuche nun noch etwas Licht in den von Martin Graber zitierten Satz zu bringen. Der zurzeit bestehende 30-jährige Naturrasen der Schulanlage Niederscherli befindet sich in einem relativ schlechten Zustand. Im Untergrund funktioniert die Entwässerung nicht mehr richtig und deshalb bleibt der Rasen jeweils länger nass als gewünscht. Das dadurch entstehende Pilzwachstum verursacht hohen Pflegeaufwand.

Zu Martin Graber: Dass in der Beilage 3, Folgekosten, keine Veränderung aufgeführt ist, hat damit zu tun, dass der mögliche Mehraufwand für die Pflege des Kunststoffrasenfeldes durch den erhöhten momentanen Aufwand für das Naturrasenfeld kompensiert wird. Wir gehen davon aus, dass für die Pflege des Kunststoffrasenfeldes nicht mehr Personal notwendig sein wird. Ebenfalls wird der Sachaufwand nicht höher.

---

## Beschluss

Für die Umgestaltung des Rasenspielfeldes in ein Kunststoffrasenspielfeld bei der Schulanlage Niederscherli wird ein Kredit von Fr. 1'299'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 3750.503.1110 bewilligt.

Für die Einrichtung einer zusätzlichen Garderobenanlage im Untergeschoss der alten Turnhalle wird ein Kredit von Fr. 290'000.00 zuzüglich allfälliger Teuerung zu Lasten Konto Nr. 3750.503.1110 bewilligt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

## **5. Tram Region Bern - Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes - Bericht**

Kenntnisnahme; Nichtständige Kommission TRB - Kommunikation Gemeinderat

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Auch zu diesem Geschäft sind Ihnen die Unterlagen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Wir gehen wie folgt vor: Zuerst erfolgt die Stellungnahme des Präsidenten der Kommission TRB – Kommunikation Gemeinderat, anschliessend folgen die Fraktions- und Einzelvoten. Zum Schluss erfolgt die Abstimmung über die Kenntnisnahme.

### **Präsident der Kommission TRB – Kommunikation Gemeinderat Hanspeter Kohler (FDP):**

Mit dem Versand der Parlamentsunterlagen am 17. Januar 2013 wurde der Bericht öffentlich. Der Bericht ist vom Parlament in Auftrag gegeben worden und primär für das Parlament bestimmt. Heute Abend soll er nun zur Kenntnis genommen/gewürdigt werden, ob positiv oder negativ. In wenigen Minuten werden wir von den Fraktionen hören, wie sie den Bericht werten und welche Schlüsse sie daraus ziehen.

Der Auftrag lautete: "Die Kommission wird beauftragt, die Entstehung und die Gründe der Aussagen des Gemeinderats, wonach die Bundessubventionen nur bis 2014 für das Projekt Tram Region Bern zur Verfügung stehen, abzuklären." Mit dem vorliegenden Bericht legt die Kommission das Resultat ihrer Untersuchungen vor wie auch ihre Schlussfolgerungen und Empfehlungen an den Gemeinderat. Wichtig ist festzuhalten, dass die Kommission dem Gemeinderat wie auch dem Abteilungsleiter Verkehr und Unterhalt eine Stellungnahme zum Bericht im Sinne eines rechtlichen Gehörs ermöglicht hat. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass sich die Kommission ganz streng an den vorgegebenen Auftrag hielt.

Die Diskussion über Tram Region Bern soll nun wieder – losgelöst vom Geschehenen – möglich sein. Zurück zum Alltag, zurück zur Sachpolitik; insbesondere ohne offene Fragen zur Falschkommunikation. Wenn dies durch den Bericht nun möglich ist, ist das Ziel erreicht. Wir müssen wieder Vertrauen finden und vor allem sollen solche Fehlinformationen in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Ich verzichte bewusst darauf, über die begangenen Fehler zu sprechen, die abhängig zur Nähe zum Projekt von der Kommission unterschiedlich gewertet worden sind. Ich verliere jedoch einige Worte über den Prozess der Kommissionsarbeit, über die einzelnen Empfehlungen der Kommission an den Gemeinderat, aber auch über die Rolle der Gemeinde in einem regionalen Grossprojekt. Ich betone, dass der Gemeinderat eine grosse Menge an Schriftstücken fristgerecht und sehr genau zusammengestellt hat und dadurch den Start der Kommissionsarbeit wesentlich vereinfachte. Es wurde alles versucht, sämtliche Fragen der Kommission mit den gewünschten Unterlagen zu beantworten. Dafür bedanke ich mich im Namen der Kommission beim Gemeinderat. Die vorgenommenen Interviews fanden in einem guten Klima statt und es wurde alles versucht, die Fragen der Kommission korrekt und sorgfältig zu beantworten. Ergänzende Akten wurden auf Wunsch der Kommission jeweils nachgeliefert und bildeten eine gute Grundlage für eine effektive Kommissionsarbeit. Die Arbeit innerhalb der Kommission war von Anfang an zielgerichtet, d. h. dem Auftrag entsprechend.

Die Unzufriedenheit über die Fehlinformationen war überparteilich gross und die entsprechenden Emotionen waren ausgeprägt. Ich möchte hier aber festhalten, ohne über den Inhalt der Kommissionssitzungen zu sprechen, dass wir uns in der Kommission rasch gefunden haben und, losgelöst von der Homepage oder dem Parteibüchlein, die Arbeit gemeinsam anpacken und abschliessen konnten. Die Kommission steht einstimmig hinter dem Bericht. Ich erlaube mir festzuhalten, dass die Einstimmigkeit in der Sache wichtig ist, weil es nicht zielführend ist, wenn man nach einem halben Jahr Arbeit in der Sache gespalten vor das Parlament treten muss.

Stichwort Zeitdruck: Der Kommission wurde immer wieder bewusst, auch im Rahmen der Interviews (Bericht Seite 21), dass der Zeitdruck unter welchem die Gemeinde Köniz agieren und entscheiden musste, gross war. Dieser Druck entschuldigt zwar nicht die vorgefallenen Fehlinformationen, zeigt aber auf, wie schwierig die Rolle und die Limitation auch einer grossen Gemeinde wie Köniz in einem überregionalen Projekt sein kann.

Trotzdem: Eine grosse Gemeinde wie Köniz mit mehr als 40'000 Einwohnenden darf sich einem solchen Druck nicht beugen, weil damit kein sorgfältiges Arbeiten mehr möglich oder dieses gefährdet ist. Dazu wird im Bericht auf Seite 35 Stellung genommen. Der Meinungsbildungsprozess und die Sorgfalt in der politischen Arbeit müssen trotz den zeitlichen Rahmenbedingungen durch den Kanton gewährleistet sein. Ansonsten müssen die Rahmenbedingungen hinterfragt werden. Die Gemeinde Köniz muss sich auch in einem solchen Grossprojekt "wakker" und tapfer schlagen können, das ist sicher zentral.

Stichwort "Interne Organisation und Arbeitsweise" (Bericht Seite 34): Die Kommission stellte fest, dass es den Gemeinderatsmitgliedern nicht immer möglich war, alle Protokolle und Unterlagen im Detail zu lesen oder mit der nötigen Sorgfalt zur Kenntnis zu nehmen. Ich getraue zu behaupten, dass es auch uns oft so geht, wenn für die Parlamentssitzungen viele Unterlagen zu lesen sind. Man kann hier von einer selektiven Kenntnisnahme der Akten sprechen. Es kann jedoch nicht sein, dass wichtige Sitzungsprotokolle nicht gelesen werden oder deren Inhalt unreflektiert bleibt. Wenn die Arbeitsbelastung der Gemeinderatsmitglieder und die Menge an ihnen zugestellten Informationen dazu führt, dass wichtige Dokumente nicht gelesen werden können, kann dies ein Hinweis auf strukturelle Probleme sein. Vor diesem Hintergrund empfahl die Kommission dem Gemeinderat, die interne Organisation und Arbeitsweise in vergleichbaren Projekten zu überprüfen. Stichwort: "Sprich deinen Kollegen, deine Kollegin auf Fehler an." Ganz generell ist es nicht nur in der politischen Arbeit notwendig, dass wichtige Falschaussagen, wenn sie denn als solche erkannt werden, durch Mitarbeitende oder Politikkollegen korrigiert werden. Ob nun gemeindeintern oder vonseiten des Kantons, ein solches Verhalten gehört zu einem partnerschaftlichen Projekt und zur Zusammenarbeit. Auch wenn die Korrekturen erst ein paar Stunden oder Tage später erfolgen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei Anna Mäder, Mario Fedeli, Hermann Gysel, Stefan Lehmann, Mathias Rickli und Ueli Witschi für die Zusammenarbeit in der Kommission. In die Kommissionsarbeit wurden viele Stunden investiert.

Ich schliesse nun und werde mich heute dazu nicht mehr äussern, ausser wenn Fragen zum Kommissionsbericht vorhanden sind.

Die Kommission beantragt die Kenntnisnahme des Berichts und die Auflösung der nichtständigen Kommission Tram Region Bern – Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten obligatorisch ist.

**Fraktionssprecher Bernhard Bichsel (FDP):** Zuerst danke ich der Kommission herzlich für die geleistete Arbeit. Insbesondere danke ich dem Kommissionspräsidenten, Hanspeter Kohler, der die Kommission sachlich, umsichtig und mit grossem Engagement leitete.

Es freut mich sehr, dass die anfängliche Skepsis gegenüber unserem Antrag für die Bildung einer PUK (Parlamentarischen Untersuchungskommission) und gegenüber der Person Hanspeter Kohler mit dem vorliegenden Bericht nun verflogen ist. Der FDP-Fraktion ging es nie um eine politische Abrechnung, sondern um die saubere Aufarbeitung aller Fakten. Auch diese ist mit dem vorliegenden Bericht gegeben.

Einen Punkt will ich an dieser Stelle, unabhängig aller Motive, unmissverständlich festhalten: Die Fehlinformation ist aus der Sicht der FDP-Fraktion ein schwerwiegender Fehler. Die Themen Geld und Termine sind bei diesem Projekt von absolut zentraler Bedeutung. Das weitere Votum habe ich in zwei Teilen zusammengefasst: Erstens würdige ich den Bericht kurz und zweitens nehme ich die politische Schlussfolgerung aus der Sicht der FDP-Fraktion vor.

Zur Würdigung des Berichts: Vor uns liegt ein sehr guter und ausgewogener Bericht, der in den Augen der FDP-Fraktion sehr sachlich verfasst worden ist. Neben dem Inhalt beurteilen wir auch die Struktur und die Lesbarkeit als sehr gut, was für ein solch umfassendes Dokument nicht immer selbstverständlich ist. Als zentral erachten wir folgende zwei Erkenntnisse: Aus dem Bericht geht hervor, dass die Fehlinformation aufgrund eines Irrtums zustande gekommen ist und nicht nachgewiesen werden kann, dass wir absichtlich getäuscht worden sind. Zweitens hält der Bericht fest, dass alle Gemeinderatsmitglieder und der zuständige Chefbeamte Kenntnis von der korrekten Sachlage hätten haben können.

Die FDP-Fraktion nimmt einstimmig zustimmend Kenntnis vom Bericht und stimmt der Auflösung der Kommission Tram Region Bern – Kommunikation Gemeinderat zu den Finanzbeiträgen des Bundes zu.

Zur politischen Würdigung: Wo liegt das Problem genau? Das Problem liegt im Wort Vertrauen. Das Vertrauen in den Gemeinderat und in das Projekt ging fast vollständig verloren. Unter anderem auch aufgrund der schwerwiegenden Fehlinformation. Ein weiteres Problem sind aus der Sicht der FDP-Fraktion die fehlenden Checks and Balances. Es ist so, dass vom Chefbeamten bis hin zur Regierungsrätin fast alle Schlüsselpositionen durch Mitglieder einer politischen Partei besetzt sind. Das hat sich in diesem Fall so ergeben, ist aber für das schweizerische politische System und das damit verbundene Verständnis schwer verkraftbar. Dies besonders dann, wenn solche Fehler passieren. Wer nun immer noch der Meinung ist, diese Konstellation sei unproblematisch, soll die Augen schliessen und sich Folgendes vorstellen: Ein zuständiger Chefbeamter (FDP), eine Gemeinderätin (FDP), der Gemeindepräsident (FDP), die involvierten Gemeindepräsidenten der Partnergemeinden (allesamt FDP) und die Regierungsrätin (FDP), wären in der genau gleichen Konstellation verwickelt. Ich bin äusserst froh, muss ich heute Abend nicht in dieser Konstellation hier stehen. Ich gehe davon aus, dass wir heute in der Luft zerrissen worden wären.

Was können wir tun? Für die Wiederherstellung des Vertrauens ist es aus der Sicht der FDP-Fraktion zwingend, dass alle – ich betone alle – hier bereit sind, wieder in eine Vertrauensbasis zu investieren. Das Parlament hat seinen Teil heute Abend dazu beigetragen und mit dem vorliegenden Bericht eine saubere Aufarbeitung vorgenommen. Auch die meisten Parteien haben sich bemüht und sich am Runden Tisch beteiligt. Deshalb liegt aus unserer Sicht der Ball nun beim Gemeinderat. Der Gemeinderat muss die Tramdossierverteilung zwingend innerhalb des Gemeinderats neu diskutieren. Dies nicht aufgrund einer absolut politischen Notwendigkeit oder weil der Bericht dies zwingend fordert; sondern damit das Vertrauen in das Projekt wieder auf eine neue Basis gestellt werden kann. Ist das Projekt dem Gemeinderat wirklich wichtig und nimmt er die kritischen Stimmen wirklich ernst, tut er gut daran, die Dossiervergabe neu zu diskutieren.

**Fraktionssprecher Mario Fedeli (SP):** Es ist nicht selbstverständlich, dass bei einem Geschäft, in welchem die Emotionen im Vorfeld dermassen hochgekocht sind, alle Kommissionsmitglieder in sämtlichen Sitzungen auf politische Ränkespiele verzichtet haben, dass man sich an Fakten gehalten hat und dass man fair und korrekt miteinander umgegangen ist. Ich habe dies sehr geschätzt und danke allen Kommissionsmitgliedern. Mein Dank geht aber auch an den Kommissionspräsidenten für seinen sehr grossen Einsatz. Danken möchte ich auch allen, die hinter den Kulissen gearbeitet haben, wie z. B. Parlamentssekretärin Verena Remund, die einen hohen Zusatzaufwand hatte.

In der Tat lieferte die Sichtung der rund 2'500 Seiten Unterlagen keine Anhaltspunkte, dass vonseiten der Exekutive bewusst und mit dem Ziel die Abstimmung im Parlament zu beeinflussen, Unwahrheiten gesagt worden wären. Im Gegenteil, bei der Durchsicht der Papiere wurde so richtig klar, dass beim Projekt Tram Region Bern ein sehr hohes Tempo angeschlagen und mit grosser Entschlossenheit der jeweils nächste Schritt in Angriff genommen wird. (Das ist verständlich und nachvollziehbar, denn solche Grossprojekte können nicht ohne Dampf zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden.) Abgesehen vom hohen Tempo ist aus den Unterlagen, wie auch aus den Interviews mit den Mitgliedern des Gemeinderats, deutlich geworden, dass die Organisationsstruktur mit so vielen unterschiedlichen Gremien sehr komplex ist und dadurch die Kommunikation und die Einheitlichkeit oft gelitten haben. Allerdings gab es, das wurde von allen Beteiligten immer wieder betont, eine Konstante: Das Ziel Baubeginn 2014. Egal ob dieser Baubeginn rechtlich festgelegt ist, vertraglich vereinbart oder auf Anordnung des Kantons verlangt; das Ziel 2014 wurde nie aus den Augen verloren. Der Baubeginn wurde in die Köpfe aller an den Sitzungen Beteiligten gehämmert. Der Baubeginn wurde ausserdem mit dem Agglomerationsprogramm der nächsten Generation verknüpft. 2014 war omnipräsent.

All diese Punkte entschuldigen die gemachte Fehlinformation nicht, erklären sie aber zu einem schönen Teil. Trotz allem Verständnis müssen Vorkehrungen getroffen werden, damit künftig das Fehlerrisiko minimiert werden kann. Die Kommission hat im Bericht einige Verbesserungsmöglichkeiten erwähnt. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat nicht nur die Verantwortung für den Kommunikationsfehler übernommen und sich förmlich entschuldigt hat, sondern auch, dass er bereit und willens ist, die Vorschläge umzusetzen, bzw. ernsthaft zu prüfen. Für die Zukunft können vielleicht auch einige Parlamentsmitglieder ihre Lehren ziehen; so könnte bei einem geschehenen Fehler anstatt lauthals "Skandal" zu schreien und davonzulaufen, ein nächstes Mal ein kühler Kopf behalten werden. Auch in der Politik können klare Gedanken ab und zu dienlich sein.

Betrachtet man die Schlussfolgerungen des Berichts, besteht kein Grund mehr, dass das Vertrauen zwischen Parlament und Gemeinderat in irgendeiner Weise beeinträchtigt sein soll. Anstelle von Misstrauen und Polemik soll nun der Blick nach vorne gerichtet und eine Lösung gesucht werden, die für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Köniz die beste ist. Aus Sicht der SP-Fraktion kann nun mit Vehemenz an Tram Region Bern weitergearbeitet werden. Es bleibt zu hoffen, dass aus diesem Traum doch noch ein Tram wird. Eine kurze Bemerkung an Bernhard Bichsel: Wenn ich mich nicht täusche, gab es Zeiten in welchen alle sieben Bundesräte FDP-Mitglieder waren.

**Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne):** Ich teile mein Votum in zwei Teile auf. Zuerst spreche ich als Kommissionsmitglied, im zweiten Teil als Sprecher der Fraktion der Grünen.

Die Kommissionsarbeit war meine erste solche Tätigkeit im Könizer Parlament und ich hatte deshalb keine Vergleichsmöglichkeiten, wie diese abzulaufen hat. Bald einmal konnte ich feststellen, dass ich auf erfahrene und kompetente Kolleginnen und Kollegen zählen kann. Die Kommission leistete sehr akribische und aufwendige Arbeit und hat sich strikt an das vom Parlament übertragene Mandat gehalten. Taktisch politische Spiele habe ich keine festgestellt. Im Nachhinein ist erfreulich, dass man zu einem einstimmigen Ergebnis gekommen ist. Das war zu Beginn alles andere als selbstverständlich. Das Parlament nimmt heute Kenntnis von einem sehr seriösen, ausgewogenen Bericht. An dieser Stelle mein Dank an die Kommissionsmitglieder und speziell an Hanspeter Kohler für seine Arbeit, die mich sehr beeindruckte. Er leitete die Kommission mit sehr viel Aufwand.

Die Fraktion der Grünen wird vom Bericht einstimmig zustimmend Kenntnis nehmen und in diesem Sinn die Kommission entlasten und der Auflösung zustimmen.

Der Schatten der vorsätzlichen Täuschung ist mit diesem Bericht weg, man kann sich nun wieder der sachlichen Diskussion und politischen Meinungsbildung dieses grossen wichtigen Projekts widmen. Die Meinungsbildung ist mehrschichtig, es gibt eine Reihe von Argumenten dafür und dagegen. Nun ist wichtig, dieses nicht mehr mit irgendwelchen politischen Taktspielen zu vermischen, obwohl die von Bernhard Bichsel erwähnte Kette von Teilzugehörigkeiten in der Anfangsphase eine etwas ungünstige Rolle gespielt hat.

Die Fraktion der Grünen ist überzeugt, dass der Gemeinderat hier in Sachen Kommunikation intern wie auch extern seine Lehren ziehen kann. Es ist auch wichtig, dass der Gemeinderat seine Position in einem solch komplexen Projekt wie Tram Region Bern als Teilmitglied der Projektstruktur, die mehrere Gemeinden, einen Kanton und den Bund umfasst, gut vertreten kann. Tram Region Bern ohne Ast Köniz ist ein schräger, nicht gesunder Baum. Aus dieser Sicht wird die Fraktion der Grünen insbesondere die Projektplanung, wie es der Gemeinderat bereits kommuniziert hat, in den nächsten Schritten tatkräftig unterstützen.

**Fraktionssprecher Ueli Witschi (BDP):** Ich spreche als Vertreter der BDP-Fraktion und nicht als Mitglied der Kommission.

Die BDP-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht. Die Kommission hat aus der Sicht der BDP-Fraktion ihren Auftrag klar erfüllt. Die Abfolge der Ereignisse und die Gründe, die dazu geführt haben, sind detailliert und umfassend dargestellt. An dieser Stelle stellvertretend für die ganze Kommission, ein grosses Merci an Hanspeter Kohler für seine grosse und umsichtige Arbeit als Kommissionspräsident.

Die BDP-Fraktion stützt die Einschätzung der Kommission, dass keine Massnahmen gegen Personen angezeigt sind. Hingegen sind auch wir der Meinung, dass der Gemeinderat die Zuständigkeit für das Tramdossier neu zu diskutieren hat. Weshalb sind wir dieser Meinung? Aus politischer Sicht haben die Gemeinderatsmitglieder ihren Auftrag nicht voll erfüllt. Wie dem Bericht zu entnehmen ist, haben sie eine der wichtigsten Fragen – die Finanzierungsfrage – nicht ernst genug genommen. Es ist nachvollziehbar, wenn die Vertretungen in der Behördendelegation die Höhe der Randsteine im Bläuacker nicht genau kennen. Wenn jedoch Unsicherheiten betreffend den Rahmenbedingungen der Finanzierung in einem solchen Projekt vorhanden sind und diese von den Zuständigen nicht geklärt werden, ist das schwer nachvollziehbar; dies besonders wenn man die Höhe des Beitrags der Gemeinde Köniz vor Augen hat. Im Bericht ist festgehalten, dass nicht immer alles gelesen werden konnte, was zu diesem Projekt verfasst werde. Es ist heute aber normal, dass überall sehr viele Informationen zur Verfügung stehen und diese nicht immer klar oder zeitgerecht vorhanden sind. Führungspersonen haben aber die Pflicht zu wissen, was sie zu wissen haben und sich diese Informationen gezielt und mit Nachdruck zu beschaffen. Damit haben die Gemeinderatsvertretungen im Projekt eine besondere Verantwortung.

Weiter bleibt auch nach dem Bericht ein Unwohlsein betreffend der Zusammenarbeit in der DPV zurück, wenn die Spezialisten ihre Vorgesetzten nicht darauf hinweisen, dass diese sich im Irrtum befinden. Das wirft Fragen auf und gibt vielleicht Hinweise auf die Arbeitskultur in dieser Direktion.

Zusammenfassend: Wir werden einstimmig zustimmend Kenntnis vom Bericht nehmen. Für das weitere Vorgehen in diesem Geschäft betrachten auch wir von der BDP-Fraktion es als vertrauensbildenden Schritt an, wenn der Gemeinderat die Zuständigkeit im Tramdossier neu regelt, damit auch im Sinn der Kommission zum courant normal übergegangen werden kann.

**Fraktionssprecher Bernhard Zaugg (EVP):** In der Frage der Fehlinformation über die Dringlichkeit von Tram Region Bern herrschte grosser Wirbel. Heute liegt uns nun der Bericht der gezielt eingesetzten Kommission für die Klärung dieser Frage vor. Daraus geht hervor, dass sich alle Gemeinderäte und auch der Leiter der Abteilung Verkehr und Unterhalt den Fragen der Parlamentsmitglieder offen gestellt haben. Danke dafür. Uns wird klar aufgezeigt, wo welche Personen nicht reagiert haben, nicht gelesen haben, nicht gehört oder nicht zugehört haben. Dann sind auch Fragen im Raum wie: Hätte ein Berichtungshinweis direkt im Parlament vorgenommen werden sollen? Hätte später informiert werden sollen? Wir haben gehört, dass sich die Wissenden diese Fragen immer wieder gestellt haben. Nun ist wahrscheinlich der Zeitpunkt da, festzustellen dass Facts vorhanden sind und wir diese zur Kenntnis nehmen. Was heisst das nun in der Wertung? Schlecht gemacht, bitte verbessern und künftig verhindern. So sehen wir dies. Konsequenzen: Keine, wir wollen weiterfahren.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion – die Versöhnlichen – wird den Bericht zur Kenntnis nehmen und ihn als ehrlich, detailliert und transparent positiv werten. Gern füge ich hier namens unserer Fraktion an, dass die Kommission auch in unseren Augen viel Arbeit geleistet hat und dass wir sehen, was alles dahinter steckt. Wir danken den Mitgliedern für ihr grosses Engagement und dem Präsidenten für seinen enormen Aufwand.

Wir sehen den Auftrag der Kommission als erfüllt an und wenn jetzt nach all den gehaltenen Voten noch etwas Unangenehmes auftauchen sollte, werden wir diesem Geplänkel nicht mehr Hand bieten. Nehmen Sie das Votum der FDP-Fraktion zur Kenntnis, setzen Sie die Energie auf die Vertrauensbasis und nicht mehr auf anderes. Ich habe die versöhnliche Haltung im Parlament gut wahrgenommen.

Wir wollen dieses unrühmliche Kapitel nun abschliessen. Es liegt an jeder Partei selber zu entscheiden wie sie mit dem Thema Tram Region Bern umgehen will. Wir selber plädieren für die Fortsetzung der Arbeit in der Trambegleitgruppe, damit wir konstruktiv an die Arbeit gehen können. Die Trambefürworter und –gegner sollen sich sachlichen Diskussionen widmen, damit ein Entscheid entstehen kann, der wirklich basierend auf der Sachlage stattfindet und nicht aus irgendwelchen Wirren oder Geplänkel.

**Fraktionssprecher Thomas Verdun (SVP):** Die SVP-Fraktion hat den Bericht eingehend studiert und nimmt zustimmend Kenntnis davon.

Wir möchten an dieser Stelle der Kommission für die getätigten exakten Ermittlungen und Recherchen danken, die im Bericht ausführlich aufgeführt sind. Uns ist bewusst, dass sehr viel Arbeit dahinter steckt, die neben dem Arbeitspensum geleistet worden ist.

Nun stellt sich die Frage: Wie weiter? Der Bericht zeigt unumstritten auf, dass einiges schief gelaufen ist. Fehler zu machen ist menschlich und Fehler passieren. Wenn jedoch das gleiche Versäumnis mehrmals und über eine längere Zeitspanne passiert und sich wiederholt, kann nicht von einer Einmaligkeit – oder wie gehört von einer Kommunikationspanne – die Rede sein. Der Bericht zeigt unmissverständlich auf, dass nicht immer ganz zuverlässig gearbeitet worden ist. Zumal mehrere Personen im Wissen der wichtigen Information über den Erhalt der Bundesgelder waren oder hätten sein müssen und mehrmals die Gelegenheit für eine Richtigstellung gehabt hätten; intern wie auch gegen aussen. Die Thematik bezüglich dieser Bundesgelder ist allein in der Kommission Tramprojekte mehrmals angesprochen worden. Bereits in diesem Gefäss hätte sich für die Verantwortlichen mehrmals die Gelegenheit geboten, richtig zu kommunizieren oder bei Unklarheiten nochmals bei den entsprechenden Stellen nachzufragen.

Die daraus entstandenen Folgen sind uns allen bekannt. Das Vertrauen in den Gemeinderat wurde zerrüttet. Angeschlagene Vertrauensangelegenheiten sind immer heikel und nicht so einfach über Nacht zu korrigieren. Mit dem Einsatz von Gemeinderat Ueli Studer als Co-Leiter und seiner bislang sehr guten Arbeit konnte erneutes Ungemach verhindert werden. Dank ihm sind weitere sehr wichtige Informationen publik worden, die schon länger hätten publik gemacht werden sollen. Das führte eindeutig zur Vertrauensbildung in den Gemeinderat bei.



Heute hat das Parlament aber nur die Möglichkeit, vom Bericht zustimmend, teilweise zustimmend oder ablehnend Kenntnis vom Bericht zu nehmen. Damit allein ist jedoch der Grundstein für die Vertrauensbildung in Bezug auf Tram Region Bern noch nicht gelegt. Deshalb fordert die SVP-Fraktion den Gemeinderat auf, die Führung des Dossiers erneut zu führen und neu zu definieren.

Zu Mario Fedeli, der dies nicht wissen konnte: Der Austritt der Bürgerlichen aus der Kommission Tramprojekte stand bereits vor dem Aufdecken der Fehlinformation fest und hatte andere Gründe.

**Anna Mäder (SP):** Ich bin sehr erleichtert über die sachlichen Voten, die heute zu hören waren. Folgendes in Bezug auf die Frage zur Zuständigkeit, die von diversen Votanten aufgeworfen wurde: Ich stelle klar, dass dieses Thema in der Kommission nie diskutiert worden ist. Dazu ist ausserdem festzuhalten, dass die Neuregelung in Bezug auf die Zuständigkeit von der zuständigen Gemeinderätin anboten worden ist und vom Gemeinderat nicht angenommen wurde. Man hat jedoch die Zuständigkeit neu geregelt und als Co-Leiter ist nun Gemeinderat Ueli Studer ebenfalls zuständig für das Dossier. Ich kann deshalb nicht ganz verstehen, weshalb man nun gerade aufgrund des Berichts, der diesbezüglich keine neuen Erkenntnisse brachte, eine erneute Neuregelung fordert. Ich bin der Meinung, dass ich es als schade empfinden würde, wenn die sachliche Diskussionsebene verlassen würde, denn die Kommission hat eine gute Basis dafür gelegt, wieder Vertrauen in den Gemeinderat haben zu können und dass nun, ohne irgendwelche politischen Diskussionen auf einer anderen Ebene, wirklich seriös am Tramprojekt gearbeitet werden kann.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Anna Mäder hat mit der Aussage, dass es sich aus unserer Sicht um eine politische Wertung handelt, völlig recht. Wir haben festgestellt, dass der Gemeinderat die Führung des Dossiers nochmals diskutieren muss. Ich beantworte die in den Raum gestellte Frage, wie wir zu diesem Schluss gekommen sind: Wir sind auf den Kern des Problems gekommen, es handelt sich um das Wort Vertrauen. Der grosse Fehler ist passiert, das ist Tatsache. Wir haben darüber diskutiert, ob das Vertrauen allenfalls mit einem Neustart wieder hergestellt werden könnte. Wir sind der Ansicht, dass die Parteien und das Parlament diesen Grundstein gelegt haben und der Gemeinderat dies nun nochmals diskutieren soll. Der Gemeinderat hat verschiedene Möglichkeiten für eine Lösung, denn schlussendlich muss er sich in seinem Gremium einigen. Wir schreiben hier keine Forderungen vor, sind aber der Meinung, dass es aufgrund der sachlich aufgelisteten Argumente Sinn macht, sich diese Fragen nochmals zu stellen. Die Konstellation ist aktuell suboptimal.

**Gemeindepräsident Luc Mentha (SP):** Ich nehme Stellung zu einzelnen Voten, gebe aber gleichzeitig die Beurteilung des Gemeinderats bekannt.

Es ist wichtig – das wurde mehrmals erwähnt – dass wir uns nun nach Abschluss der Untersuchung wieder der eigentlichen Sachfrage zuwenden, der Frage, ob Köniz das Tram braucht und will. Das ist der Kern des Problems und an dieser Thematik können wir nun nach diesem Bericht wieder arbeiten. Das Parlament hat mit der Bewilligung des Kredits K2 grundsätzlich entschieden, dass das Projekt weiter vorangetrieben werden soll. Das ist auch im Rahmen des Runden Tisches bestätigt worden. Bei aller politischen Bewertung der Kommunikationspanne bleibt es dabei, dass die Könizer Stimmbevölkerung Anspruch darauf hat, über dieses Projekt abzustimmen. Das wurde – wenn auch knapp – vom Parlament so entschieden. Nun sollten wir uns wieder dieser Frage zuwenden.

Die Untersuchung zeigte auf, dass der Entscheid, diese Panne durch eine parlamentarische Kommission untersuchen zu lassen, richtig war. Der Gemeinderat hat sich dieser Forderung nie widersetzt, er brachte den Vorschlag an, diese Untersuchung durch die GPK durchführen zu lassen, wehrte sich aber nicht gegen eine Spezialkommission. Es war richtig, dass diese Aufarbeitung nicht durch den Gemeinderat vorgenommen worden ist. Der Bericht selber ist gemäss unserer Auffassung sorgfältig, vollständig und korrekt. Man hat insbesondere auf die besonderen Umstände in diesem Projekt Tram Region Bern hingewiesen und ist gebührend darauf eingegangen. Die Beurteilung der gemachten Fehler und Irrtümer erachtet der Gemeinderat als fair und ausgewogen. Der Bericht weist dem Gesamtgemeinderat die Verantwortung für den Fehler zu. Es bestehen jedoch unterschiedliche Gewichtungen der Verantwortung. Ich als Sprechender habe die zweithöchste Verantwortung, Gemeinderätin Katrin Sedlmayer die höchste für diesen Fehler. Das ist zusammenfassend die Beurteilung der Kommission. Wir erachten das als eine faire und ausgewogene Gesamtbeurteilung. Der Bericht ist in diesem Sinn klar und hinterlässt keine Fragen. Das ist ein weiterer Grund dafür, sich nun wieder zurück zur Sache zu begeben.

Wir werden die an den Gemeinderat ergangenen Empfehlungen prüfen und soweit wir einen guten und sinnvollen Weg finden, diese auch umsetzen. Die Informationsmenge ist ein Problem. Es geht auch um die Frage, wie man mit Fehlern umgeht und welche Fehlerkultur man hat. Wenn der Abteilungsleiter in den ersten Äusserungen, die ich als Gemeindepräsident an der Pressekonferenz gemacht habe, mich nicht vor Publikum korrigiert hatte, war das richtig. Hätte er mich aber direkt nach der Pressekonferenz in einem bilateralen Gespräch korrigiert, hätte dieser Fehler innerhalb einer Woche korrigiert werden können und die ganze Geschichte wäre erledigt gewesen. Das haben wir intern längst aufgearbeitet, insbesondere mit dem betroffenen Abteilungsleiter und ist in dem Sinn geklärt. Der Gemeinderat wird ermuntert, dem Kanton gegenüber selbstbewusster aufzutreten. Auch wir sind klar dieser Meinung, aber es ist auch wichtig, dass die Gemeinde Köniz eine klare Haltung definiert. Je klarer eine Haltung zu einem Sachgeschäft ist je besser kann in der Sache gegenüber den Partnern aufgetreten werden.

Ich verhehle nicht, dass die geschehene Panne eine Belastung für die Kollegialität innerhalb des Gemeinderats war. Das führte zu Belastungen des gegenseitigen Vertrauens. Inzwischen konnte die Geschichte dahingehend aufgearbeitet werden, dass Gemeinderätin Katrin Sedlmayer zur Wiederherstellung des Vertrauens anbot und im Interesse der Sache bereit war, das Dossier an einen bürgerlichen Kollegen abzutreten. Dieser Vorschlag erwies sich nicht als mehrheitsfähig und als neue Lösung gelangte man einstimmig zur Co-Leitung des Dossiers durch Gemeinderat Ueli Studer und Gemeinderätin Katrin Sedlmayer. Die Kollegialität innerhalb des Gemeinderats ist wiederhergestellt, die Zusammenarbeit ist gut. Ich kann den Hinweis der drei bürgerlichen Parteien für eine Diskussion über die Dossier-Leitung durchaus aufnehmen. Wie gesagt, hat sich der Gemeinderat die Sache reiflich überlegt, wie auch Gemeinderätin Katrin Sedlmayer selber, die dann den für sie nicht einfachen Vorschlag anbrachte.

Zu Bernhard Bichsel und seinem Hinweis auf die Parteizugehörigkeit in der Projektsteuerung: In der Gemeinde Ostermundigen ist der neue Gemeindepräsident parteilos und die andere verantwortliche Gemeinderätin SP-Mitglied. In der Stadt Bern sind zwei SP-Gemeinderatsmitglieder verantwortlich, die federführende Regierungsrätin ist SP-Mitglied. In der Gemeinde Köniz besteht eine Doppelvertretung aus je einem SP- und SVP-Mitglied.

Zu den einzelnen Voten: Bernhard Bichsel hat auf "Checks und Balances" hingewiesen. Ich lehne dies nicht à priori ab, kann aber heute nicht anders reagieren als festzuhalten, dass die Sachlage nicht mehr so ist wie von ihm geschildert; die Zusammensetzung in der Projektsteuerung hat sich verändert. In der politischen Steuerung ist ausserdem Hansueli Saxer als Vertreter der Regionalkonferenz Bern-Mittelland, FDP-Mitglied. Ich glaube nicht, dass die Dossier-Zuständigkeit permanent gewechselt werden kann, werde aber der Meinung meiner Gemeinderatskolleginnen und -kollegen zuhören. Es handelt sich in meinen Augen um eine politische Forderung.

Im Auftrag des Gemeinderats danke ich der Kommission und dem Kommissionspräsidenten für die sehr sorgfältige und gute Arbeit, die geleistet worden ist. Nach meiner Auffassung handelt es sich um ein Lehrstück für die gute politische Kultur, die in der Gemeinde Köniz herrscht.

---

#### **Beschluss**

Das Parlament nimmt Kenntnis vom vorliegenden Bericht.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig zustimmende Kenntnisnahme)

---

#### **Beschluss**

Die nichtständige Kommission wird aufgelöst.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig )

---

### **6. Spiegel, Spiegeldörfli - Wasserleitungersatz und Sanierung Quartierstrassen** Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Der Bericht und Antrag des Gemeinderats liegen vor. Wir gehen wie üblich vor: Zuerst spricht der GPK-Referent, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung.

**GPK-Referent Heinz Nacht (SVP):** Im Spiegeldörfli sind Graugussleitungen aus dem Jahr 1935 zu ersetzen. Die meisten dieser Leitungen befinden sich in Dringlichkeitsstufe 1, d. h. sie sollten innerhalb der nächsten fünf Jahre ersetzt werden.

Das Hauptproblem im Spiegeldörfli ist jedoch ein anderes: Die Durchmesser der Leitungen betragen 70, 75 oder 100 Millimeter, sind also sehr verschieden. Die geringen Durchmesser haben ausserdem zur Folge, dass das Spiegeldörfli nicht perfekt mit Hydranten ausgerüstet werden kann, d. h. es fehlen Hydranten. Die Abstände zwischen den einzelnen Hydranten betragen teilweise fast 200 Meter. Gemäss dem Leitfaden der Wasserversorgung für Löschwasser dürften die Abstände nicht mehr als 60 bis 100 Meter betragen. Weiter wäre ein optimaler Leitungsquerschnitt von 125 Millimeter anzustreben, damit die Hydranten mit genügend Wasser versorgt werden können. Im Weiteren sollten Gebäude nicht mehr als 80 Meter von einem leistungsfähigen Wasserbezugsort entfernt sein, was vielerorts nicht der Fall ist. Das heisst für die Gemeinde Köniz, dass im Spiegeldörfli kein optimaler Löschwasserschutz vorhanden ist. Zudem kam es in den letzten Jahren zu einigen Leitungsdefekten.

Zum Projekt: Aus den erwähnten Gründen ist es wichtig, das Quartier bei der Sanierung als Einheit zu betrachten. Auf insgesamt 960 Metern müssen die Leitungen ersetzt werden und dafür ist – wie erwähnt ein Leitungsquerschnitt von 125 Millimeter vorgesehen. Alle Hydranten-Standorte werden geprüft und zusätzlich werden fünf neue Hydranten platziert. Einer wichtigen Erkenntnis wird im zweiten Projekt Rechnung getragen: Im alten System sind relativ viele Ringschlüsse – d. h. Leitungen, die im Kreis verlaufen – vorhanden. Das hat den Nachteil, dass in Teilen dieser Ringleitungen zu wenig Wasserfluss vorhanden ist und die Wasserqualität in diesen stehenden Leitungen immer schlechter wird. Neu werden durch Faserzement umhüllte Gussrohre eingesetzt. Betroffen sind immerhin 98 Hausanschlüsse, die – wie in jedem Projekt – bis zur Grundstücksgrenze erneuert werden.

Über das Projekt Strassensanierung wird Sie GPK-Referent Hansueli Pestalozzi informieren.

Drittprojekte: Bedarf haben die BKW, die ihr Stromleitungsnetz anpassen und teilweise erneuern wollen. Andere Synergien sind keine vorhanden. Die Swisscom hat ihre Grabarbeiten in Bezug auf FTTH bereits abgeschlossen.

Zu den Finanzen: Die Kosten für dieses Projekt – errechnet durch ein Ingenieurbüro – betragen mit einer Genauigkeit von  $\pm 10$  Prozent und ohne Mehrwertsteuer 1,1 Millionen Franken. Das Projekt wird durch die Spezialfinanzierung finanziert. Das Gesamtprojekt, inklusive Strassensanierung, kostet stolze 2,56 Millionen Franken.

P.S. "Relining" heisst nichts anderes als in eine alte Gussleitung eine neue Kunststoffleitung hineinzustossen, was relativ günstig und gut ist.

Die Nachteile bei einer Ablehnung des Kredits: Der Löschwasserschutz könnte nach wie vor nicht gewährleistet werden. Weiter wäre bei den 80-jährigen Leitungen mit weiteren Wasserleitungsbrüchen zu rechnen. Die Ringschlüsse können ebenfalls nicht optimiert werden.

Ich gebe hier noch Nachteile bekannt, wenn vorgesehen würde, die beiden Geschäfte - Wasserleitungssanierung und Strassensanierung – zu trennen: Das ganze Geschäft müsste an den Gemeinderat zurück, d. h. es wird grosser Verzug entstehen und der Löschwasserschutz kann nicht wie vorgesehen optimiert werden. Die Anwohnenden müssten länger mit Baustellen in den Strassen rechnen. Die Mehrkosten – wenn die beiden Projekte getrennt ausgeführt werden – können 300'000 bis 500'000 Franken ausmachen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Ich gebe hier noch die Haltung der SVP-Fraktion bekannt: Die SVP-Fraktion wird dem Wasserleitungersatz einstimmig zustimmen. Bei der Strassensanierung gab die Höhe der Kosten Anlass zu Diskussionen. Wir fragten uns auch, woher die fehlenden Mittel – die im Investitionsplan nicht eingestellt sind – kompensiert werden.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Die Gemeinde Köniz ist im Besitz von insgesamt 170 Kilometer Gemeindestrassen. Im vorliegenden Projekt geht es um 1,2 Kilometer davon. Die Strassen sind 80-jährig, es hat viele Flicker, deren Qualität aber gut ist. Mein persönlicher Augenschein zeigt, dass diese Quartierstrassen so weit intakt und absolut funktionstüchtig sind. Einzig der Eichenweg befindet sich in einem etwas schlechteren Zustand. In der Beurteilung über das ganze Strassennetz der Gemeinde Köniz haben diese Strassen die Note 3 bis 4 erhalten. Seit 80 Jahren werden diese Quartierstrassen aufgerissen und wieder geflickt, wie z. B. für den Einbau der Abwasserleitungen ungefähr kurz nach dem 2. Weltkrieg. Ein grosses Lob in diesem Sinn an den Strassenunterhalt der Gemeinde Köniz. Auf diesen Quartierstrassen herrscht sehr wenig Verkehr, quasi nur der Anwohnerverkehr.

Wenn nun nicht der Wasserleitungersatz notwendig wäre, würde an diesen Strassen nichts verändert. Aufgrund des Ersatzes der Wasserleitungen werden diese Strassen längs aufgerissen. Da neben dem Wasserleitungersatz die BKW ihre Stromleitungen anpassen und zum Teil erneuern wollen, ist aus Sicht der Direktion eine Totalsanierung notwendig.

Zum Projekt: Für die Totalsanierung sind insgesamt 1,2 Kilometer vorgesehen. Eine Alternative zur Totalsanierung wurde auf Nachfrage hin nicht geprüft. Somit werden die Belags- und Tragschicht sowie die Koffierung abgetragen und eine neue Koffierung von 40 bis 50 Zentimeter eingebaut sowie eine neue Trag- und eine feine Deckschicht. Ausserdem wird eine saubere Abgrenzung zwischen Privat- und Gemeindeparzellen der Strasse vorgenommen. Die Trottoirs werden saniert, wie auch die Strassenabwasserkanäle. Im Kostenvoranschlag ist ein "worst case" enthalten. Es geht um insgesamt 6'740 m<sup>2</sup> mit Ausführungskosten von 1,46 Millionen Franken, was 217 Franken pro m<sup>2</sup> ausmacht, inklusive Planungskosten würde dieser 225 Franken betragen.

Zur Nachhaltigkeit, Umwelt: Es werden nicht<sup>2</sup> negativ ins Gewicht fallende Ressourcen für Asphalt und Kies benötigt. Bereits vorhandener Kies kann unter Umständen wiederverwendet werden. Ein positiver Punkt ist, dass der Winterdienst auf einer sanierten Strasse einfacher ist als auf einer Strasse mit Flickern.

Zum Sozialen wurde kein Nachteil gefunden. Ob die Sanierung für den Veloverkehr ein Vor- oder Nachteil ist, darüber waren wir uns in der GPK nicht einig.

Zu den Finanzen: Wie Heinz Nacht bereits erwähnt hat, erscheint uns der Kostenteiler zwischen Wasserleitungs- und Strassensanierung etwas fragwürdig. Ohne Strassensanierung würden sich die Kosten für den Wasserleitungsersatz um rund 250'000 Franken erhöhen. Die Strassensanierung finanziert somit die gebührenfinanzierte Wasserkasse ein Stück weit quer.

Kosten-/Nutzenverhältnis: Nach zweimaligem Nachfragen erhielt ich die Zahlen, wie hoch der durchschnittliche bauliche Unterhalt für die Gemeindestrassen ist: 2.30 Franken pro m<sup>2</sup>. Die Strassensanierung kostet 220 Franken pro m<sup>2</sup>, der Unterhalt 2.30 Franken. Damit könnten die Strassen rund 100 Jahre unterhalten werden. Man muss aber auch sehen, dass der Unterhalt für diese Quartierstrassen wahrscheinlich etwas höher ist als der Durchschnitt. Wenn er nun doppelt so hoch wie normal ist, könnten diese Strassen während der nächsten 50 Jahre unterhalten werden. Mit dem Neubau würde der bauliche Unterhalt wegfallen. Rechnet man nun die Kosten für die Strassensanierung pro Jahr aus, macht dies zwischen 15'000 (100 Jahre) und 30'000 Franken (50 Jahre) aus. Wir mussten feststellen, dass sich auch die DPV von diesen hohen Kosten überrascht zeigte. Für die Sanierung sind 500'000 Franken im Investitionsplan eingestellt, die restlichen Mittel werden mit den eingestellten Mitteln für das Tram kompensiert, weil diese Kosten später anfallen werden.

In der GPK wurde der Rückweisungsantrag gestellt, anstelle einer Totalsanierung nur eine Teilsanierung vorzusehen. Der Rückweisungsantrag wurde mit 2 : 4 Stimmen abgelehnt. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 4 : 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Ich bringe eine Ergänzung in Bezug auf die Wasserleitungen an. Auf Seite 4 im Bericht ist unter 5. Finanzen festgehalten, dass für die Sanitärarbeiten an privaten Hausanschlüssen, die durch unser Monteurpersonal erledigt werden, mit 140'000 Franken Einnahmen zu rechnen ist. Wir wurden angefragt, weshalb diese Summe nicht vom Gesamtkredit abgezogen werden kann. Da es sich um Eigenleistungen unseres Monteurpersonals handelt, sind diese nicht in der Gesamtkreditsumme enthalten, werden demnach nicht bewilligt und sind auch nicht in jenen 249'000 Franken enthalten, um die der Kredit voraussichtlich tiefer abgerechnet werden kann. Eigenleistungen werden nicht mit der Kreditsumme bewilligt und sind deshalb nicht Teil des Gesamtkredits.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Fraktionssprecherin Barbara Thür (GLP):** Für die CVP/EVP/GLP-Fraktion besteht kein Zweifel, dass die Wasserleitungen im Spiegeldörfli ersetzt werden müssen. Aus unserer Sicht bestehen jedoch bei der Strassensanierung Ungereimtheiten. Auf der einen Seite wird festgestellt, dass sich die Strassen in einem schlechten Zustand befinden, knapp ausreichend bis kritisch. Auf der anderen Seite wurde vonseiten der Gemeinde erklärt, dass ohne Wasserleitungssanierung keine Strassensanierung notwendig wäre. Demnach kann der Zustand der Strassen so schlecht nicht sein. Zwar sei die Entwässerung nicht mehr optimal und nach diversen Leitungssanierungen bestehen einige unschöne Flicker. Macht es deshalb wirklich Sinn, für die Sanierung der Strassen 1,5 Millionen Franken auszugeben? Weshalb nicht nur den Eichenweg total sanieren, da sich dieser in einem schlechten Zustand befindet?

---

<sup>2</sup> An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Hier entsteht etwas der Eindruck, dass gewisse Personen froh über den Umstand sind, dass das Wasserleitungsnetz sanierungsbedürftig ist. Somit können all die gewünschten Strassensanierungen ohne grossen Widerstand mit eingeschlossen werden, egal ob diese jetzt schon notwendig sind oder nicht. Synergien können immer irgendwo gefunden werden. Müsste nicht davon ausgegangen werden, dass Beiträge im IAFP eingestellt worden wären, wenn die Strassensanierung wirklich und offensichtlich notwendig wäre? Ohne Strassensanierung käme die Sanierung der Wasserleitungen um 250'000 bis 300'000 Franken teurer zu stehen, aber deshalb eine Strassensanierung für 1,519 Millionen Franken vorzusehen, kommt mir ungefähr so vor, wie wenn man drei Bügeleisen kaufen würde, auch wenn man nur eines benötigt und dies nur, weil eine Aktion 3 für 2 vorhanden ist. Auf der anderen Seite kann festgestellt werden, dass alles was jetzt saniert wird, unter Dach und Fach ist. Da wir eher Mühe damit bekunden, die Investitionskredite auszuschöpfen, sind wir im Zweifel für den Angeklagten, bzw. für die Strassensanierung.

Die CVP/EVP/GLP wird deshalb dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Fraktionssprecher Mathias Rickli (Grüne):** Die Wasserversorgung ist eine wichtige Gemeindeaufgabe und gesetzlich verankert. Der Unterhalt und die Sanierung des Leitungsnetzes sind entsprechend wichtig in der Gemeinde. Auch sind wir grundsätzlich dafür, dass die Investitionsquote – dort wo notwendig – in der Gemeinde Köniz hoch ist. Damit entsteht wirtschaftlich notwendiger Nutzen. Die Koordination von Arbeiten bei notwendigen Sanierungen von Wasserleitungen mit anderen anstehenden Geschäften wie z.B. Strassensanierungen oder Sanierungen von Stromleitungen, stellt ebenfalls niemand in Frage.

Trotzdem beantragt die Fraktion der Grünen die Rückweisung des Geschäfts. Nicht zum ersten Mal halten wir uns über die Kosten für Strassensanierungen hier im Parlament auf. Es besteht die Tendenz, mit der Totalsanierung von wenig befahrenen und wenig abgenützten Quartierstrassen, die ausserdem einen beschränkten Nutzen für die Allgemeinheit haben, nicht notwendigen Goldstandard zu schaffen. Im vorliegenden Fall kostet das Hauptgeschäft – die Leitungssanierung – rund 1 Million Franken und das Nebengeschäft – die Strassensanierung – rund 1,5 Millionen Franken, d. h. eineinhalb Mal so viel. Dieses Verhältnis ist für uns nicht nachvollziehbar, ohne dass ich mich als Experte in Sachen Strassensanierung ausweise. Die Frage stellt sich, ob dies notwendig und sinnvoll ist. Ob der Nutzen, der Mehrwert, der durch diese Investition kreiert wird, gerechtfertigt ist. Mit dem Rückweisungsantrag geben wir dem Gemeinderat Gelegenheit, das Geschäft zu analysieren und zu prüfen, ob für die Strassensanierung nicht ein etwas günstigerer Mittelweg gefunden werden kann. Mit einigen Flickern auf Quartier- und Nebenstrassen können wir in der Gemeinde Köniz trotzdem gut leben.

**Fraktionssprecher Stephan Rudolf (BDP):** Die wichtigsten Punkte des Antrags sind in Kapitel 1.1 im zweiten Abschnitt zu finden. Die gesetzlichen Grundlagen für dieses Geschäft sind im kantonalen Wasserversorgungsgesetz zu finden, die technischen Regeln werden durch die Normen der Fachverbände definiert. Eine im Antrag erwähnte Norm ist der so genannte "Leitfaden für die Versorgung mit Löschwasser", der von der Gebäudeversicherung und vom kantonalen Amt für Wasser und Abfall (AWA) als verbindlich betrachtet wird, d. h. für uns, dass hier ein klarer Auftrag basierend auf gesetzlichen Grundlagen zu erfüllen ist.

Die BDP-Fraktion stellt jedoch in diesem Zusammenhang in Bezug auf die Löschwasserversorgung dem Gemeinderat die Frage, in welchem Umfang auf Gemeindeboden weitere analoge Anforderungen bestehen und mit welchem Volumen an zukünftigen Sanierungen wir zu rechnen haben. Wo besteht analoger, gesetzlich notwendiger Sanierungsbedarf?

Zum Thema Strassensanierung haben wir uns in der BDP-Fraktion die Frage gestellt, ob Quartierstrassen wirklich in so hoher Qualität saniert werden müssen. Brauchen wir wirklich Luxusquartierstrassen? Wenn die Swisscom heute zwar keinen Bedarf feststellt, ist damit nicht gesagt, dass vielleicht in zwei Jahren Bedarf vorhanden sein kann, weil sich die Technologie geändert hat.

Mit dem Vorbehalt in Bezug auf die Strassensanierung wird die BDP-Fraktion dem Antrag des Gemeinderats zustimmen.

**Gemeinderätin Rita Haudenschild (Grüne):** Zur Frage von Stephan Rudolf in Bezug auf das auf uns zukommende Volumen an Strassensanierungen: Das Wasserleitungsnetz der Gemeinde Köniz ist mit einer so genannten Erneuerungsplanung, die den Werterhalt sicherstellt, betrachtet worden. Die Erneuerungsplanung wurde aufgrund von Kriterien wie Alter, Anzahl Schäden während einer bestimmten Zeit und Löschwasserschutz erstellt. Mit der Erneuerungsplanung wird jedem Strassenabschnitt, der Wasserleitungen enthält, die entsprechende Priorität – es bestehen insgesamt 4 Prioritätsstufen – zugewiesen.

Bei Wasserleitungen wird generell mit einer Lebensdauer von 80 Jahren gerechnet. Der Werterhalt des Leitungsnetzes wird auf 80 Jahre berechnet. Jedes Jahr wird ein Volumen von ungefähr 2,5 Millionen Franken in der Investitionsplanung eingestellt, mit dem unser Wasserleitungsnetz gemäss der Erneuerungsplanung werterhalten wird. Mit der Investitionsplanung erhalten wir die Quoten zugewiesen, die im spezialfinanzierten Haushalt abgerechnet werden. Aufgrund dieser Quoten werden jene Strassenabschnitte saniert, die der 1. Priorität zugewiesen werden. Die Erneuerungsplanung wurde der GPK vorgestellt. Vorgesehen war, diese Planung der GPK für die neue Legislatur vorzulegen, wenn gewünscht, werden wir dies früher vornehmen. Welche Strassenabschnitte zur Sanierung vorgesehen sind, ist in der Investitionsplanung zu finden. Es handelt sich um ein ausgeklügeltes Verfahren.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Wie für die Wasserversorgung, besteht auch für die Strassensanierung eine Erneuerungsplanung. Durch ein externes Büro liessen wir die gemeindeeigenen Strassen durchchecken. Aus diesem Grund sind wir über den Zustand unserer Strassen im Bild und können notwendige Sanierungen im Investitionsplan entsprechend aufnehmen. Wenn nun aber Wasserleitungen zur Sanierung anstehen, haben wir nicht wie Barbara Thür kolportierte, grosse Freude an einer allfälligen zeitgleichen Strassensanierung. Die Quartierstrassen im Spiegeldörfli hätten noch ungefähr 10 Jahre unsaniert bleiben können. In diesen Quartierstrassen sind jedoch diverse Flicker vorhanden und jeder Riss in der Strasse verschlechtert deren Oberfläche. Es sind keine homogenen Flächen mehr und aus diesem Grund wird der Winterdienst erschwert. Eine vertiefte Prüfung der Strassen im Spiegeldörfli liess Überraschendes zutage kommen. So verfügt z. B. der Untergrund des Eichenwegs über gar keine Kieskoffierung. Das ist mit ein Grund für die hohen Sanierungskosten. Der Ersatz der Kieskoffierung und der Trag- und Deckschicht überall in den Quartierstrassen im Spiegeldörfli lässt die Sanierung deshalb so teuer zu stehen kommen.

Zu den einzelnen Voten: Es handelt sich nicht um eine Sanierung mit Goldrand, wie Mathias Rickli anmerkte, sondern es bestehen Strassennormalien – die vom Gemeinderat vorgestellt wurden – mit denen aufgezeigt ist, wie saniert wird. Für die Quartierstrassen sind nicht dieselben Anforderungen nötig wie für eine Verbindungsachse. So werden keine "Wasserplatten" eingebaut, ausser wenn das Gefälle sehr schlecht ist, oder es werden dünnere Trag- und Deckschichten eingebaut.

Zur Nachhaltigkeitsprüfung von GPK-Referent Hansueli Pestalozzi: Er nimmt diese immer sehr genau, was ich sehr schätze. Er hat auf die soziale Komponente einer sanierten Strasse für den Veloverkehr hingewiesen. Eine sanierte Strasse kann aber auch von Kindern z. B. fürs Fussballspielen besser genutzt werden oder zum Inline-Skaten.

Last but not least: Richtig ist die Feststellung, dass die Sanierung viel Geld kostet und sie wäre noch nicht vorgenommen worden, wenn nicht die Sanierung der Wasserleitungen anstehen würde. Es ist Ihre Entscheid, ob Sie der Sanierung zustimmen oder nicht. Wenn Sie ablehnen, muss das Geschäft zurückgewiesen und die Sanierung gesplittet werden, was zu Verzögerungen führt. Ich persönlich finde eine Sanierung der Wasserleitungen und der Strasse zusammen sinnvoll, weil damit Synergien genutzt werden können.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Ippen:** Der Rückweisungsantrag lautet wie folgt: "Der Gemeinderat wird beauftragt, im Teil Sanierung Strasse eine kostengünstigere Variante zu präsentieren."

Ich schlage folgendes Abstimmungsverfahren vor: Zuerst erfolgt die Abstimmung über den Rückweisungsantrag. Wird dieser abgelehnt, kann über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt werden.

---

## **Beschluss**

Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.

abgegebene Stimmen: 33 gegen die Rückweisung, 5 dafür

---

---

**Beschluss**

Für den Wasserleitungersatz und die Sanierung der Strassen im Spiegeldörfli wird ein Kredit von insgesamt CHF 2'560'000.00 zuzüglich Teuerung bewilligt. Der Kredit wird wie folgt der Investitionsrechnung belastet:

CHF 1'100'000.00 für den Wasserleitungersatz zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.501.4363

CHF 1'460'000.00 für den Ersatz der Foundationsschicht, Tragschicht und des Deckbelages zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 2620.501.0362.

*Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

---

## **7. Liebefeld, Gartenstadtstrasse Höheweg - Wasserleitungersatz und Belagssanierung**

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe und Direktion Planung und Verkehr

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Die Unterlagen sind Ihnen mit den Sitzungsakten zugestellt worden. Wir gehen gleich vor wie im vorherigen Traktandum: Zuerst sprechen die GPK-Referenten, danach folgen die Fraktions- und Einzelvoten und zum Schluss die Abstimmung. Wenn sich zwei GPK-Referenten äussern, verfügt jeder über eine Redezeit von 5 Minuten.

**GPK-Referent Heinz Nacht (SVP):** Das Projekt ist ähnlich gelagert wie jenes im vorhergehenden Traktandum. Die Graugussleitungen sind in diesem Bereich sogar noch etwas älter und stammen aus dem Jahr 1923. Die Nennweite der Leitungen beträgt 120 bzw. 100 Millimeter. 230 Meter dieser zu sanierenden Leitungen befinden sich in Dringlichkeitsstufe 1, d. h. eine Sanierung ist so rasch als möglich notwendig. 100 Meter befinden sich in Dringlichkeitsstufe 2 (in dieser Stufe sind in den letzten Jahren mehr Schäden entstanden als bei Leitungen der Dringlichkeitsstufe 1). Es geht darum, insgesamt 320 Meter Graugussleitungen durch Leitungen mit einer einheitlichen Nennweite von 125 Millimetern zu ersetzen, damit auch hier der Löschschutz gewährleistet ist.

Speziell an diesem Projekt ist, dass ein Teil der Gemeindeleitung zur Privatleitung wird. Dies aus folgendem Grund: Führt eine Leitung nicht durch öffentlichen Grund, sondern durch privaten, macht es keinen Sinn, wenn diese der Gemeinde gehört. Die Regelung wird wie folgt gehandhabt: Die Gemeinde übergibt die sanierte Wasserleitung in den Privatbesitz der entsprechenden Parzellenbesitzer.

Drittprojekte sind in dieser Vorlage, abgesehen vom DZ Abwasser der Gemeinde Köniz, keine vorgesehen.

Finanzen: Mit einer Genauigkeit von  $\pm 10$  Prozent wird mit Kosten von insgesamt 760'000 Franken gerechnet, die Sanierung der Wasserleitungen kosten 420'000 Franken, die Strassensanierung 340'000 Franken.

Nachteile: Auch hier würde eine Aufteilung des Projekts in eine Wasserleitungs- und eine Strassensanierung die Rückweisung voraussetzen und zu Verzögerungen wie auch zu Mehrkosten führen, je nach Anschauung zwischen 120'000 bis 170'000 Franken. Für die DUB ist wichtig, dass sich die Wasserleitungen der Gemeinde Köniz in einem guten Zustand befinden und diese Sanierungen jeweils gemäss Plan durchgeführt werden können. Diese Sanierungen werden nicht ganz freiwillig vorgenommen, sondern der Kanton schreibt vor, wie viel Prozent der Leitungen pro Jahr zu sanieren sind.

Nachhaltigkeit: Der Löschwasserschutz wird verbessert, die Wasserleitungen sind für die nächsten 80 Jahre saniert, wie auch die Strasse für die nächsten 20 bis 30 Jahre.

Ich gebe die Haltung der SVP-Fraktion bekannt: Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft gemäss Antrag des Gemeinderats einstimmig zustimmen.

**GPK-Referent Hansueli Pestalozzi (Grüne):** Bei diesem Geschäft handelt es sich quasi um ein "copy paste"-Geschäft zum vorhergehenden. Hier sind insgesamt 1'895 m<sup>2</sup> zur Sanierung vorgesehen und der Quadratmeterpreis ist mit 180 Franken deutlich tiefer und die Kosten für das Hauptgeschäft, die Sanierung der Wasserleitungen, liegen im Gegensatz zum vorhergehenden, deutlich höher als jene für das Nebengeschäft, die Strassensanierung. Grund dafür ist, dass die Foundationsschicht besser wiederverwertet werden kann.

Bei der Gartenstadtstrasse handelt es sich um eine Erschliessungsstrasse und somit herrscht stärkerer Verkehr. Eine gute Sanierung macht hier Sinn.

In der GPK wurde kein Rückweisungsantrag gestellt und sie empfiehlt dem Parlament mit 5 Stimmen bei 1 Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten** hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Ich bin froh, dass kein Rückweisungsantrag gestellt worden ist. Auch ich habe Freude am Umstand, dass das Nebengeschäft tiefere Kosten ausweist als das Hauptgeschäft und danke Ihnen für die vorbehaltlose Unterstützung.

---

#### **Beschluss**

Für den Wasserleitungsersatz und den Belagersatz Gartenstadtstrasse / Höhweg wird ein Kredit von insgesamt CHF 760'000.00 zuzüglich Teuerung bewilligt. Der Kredit wird wie folgt der Investitionsrechnung belastet:

CHF 420'000.00 für den Ersatz der Wasserleitung zu Lasten der Investitionsrechnung Konto Nr. 5550.501.4272.

CHF 340'000.00 für den Ersatz der Foundationsschicht, Tragschicht und des Deckbelages zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 2620.501.0245.

(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **8. 1215 Postulat (FDP.Die Liberalen) "ICT Ausrüstung an Könizer Schulen"**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

**Anita Moser Herren (FDP):** Ich danke dem Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Wir sind erfreut über den Umstand, mit dem Vorstoss offene Türen einzurennen. Nach der Analyse des Berichts bleibt jedoch nicht mehr so viel von dieser Freude übrig. Sachlich ist der Bericht zwar richtig und er erfasst die momentane Situation auch zutreffend. Mit dem Postulat wurde jedoch ein Gesamtkonzept verlangt, das aufzeigen soll mit welchen Massnahmen und Investitionen in Zukunft die im Bericht dargestellten Mängel behoben werden sollen und wie ein bedürfnisgerechtes Qualitätsniveau für die Informatikausrüstung an den Könizer Schulen erreicht werden kann. Genau das aber fehlt in der Antwort des Gemeinderats und deshalb ist der Auftrag nicht erfüllt.

Die FDP-Fraktion wird aus diesem Grund die beantragte Abschreibung des Postulats einstimmig ablehnen.

Vom Gemeinderat hätte ich mir eine Antwort unter anderem in folgenden Bereichen erwartet: Wie soll sichergestellt werden, dass die notwendige Ausrüstung für den Frühsprach-Unterricht rechtzeitig vorhanden ist? Dazu gehört auch die Ausbildung der Lehrpersonen. In diesem Thema fand bis anhin keine Koordination zwischen Schule und Verwaltung statt. Das zeigt sich an folgendem Beispiel: Gemäss Angaben des Gemeinderats wurde zusätzliche ICT-Infrastruktur für 100'000 Franken für den Fremdsprachen-Unterricht "Passepartout" nicht abgeholt, gleichzeitig stellt aber der Schulleiter von Wabern ein Gesuch an die Schulkommission, 10'000 Franken von der Schulkasse für den im Sommer 2013 startenden Frühenglisch-Unterricht zu beziehen, der sonst nicht gewährleistet werden könne. Da hat die Verwaltung ihre Verantwortung nicht wahrgenommen und es schlicht verpasst, den Schulen die notwendige Ausrüstung rechtzeitig über das bestehende Globalbudget zu beschaffen. Wenn die Verwaltung schon feststellt, dass die Schulen ihre Hardware selber beschaffen und damit dem IZ Köniz-Muri zusätzlichen Aufwand machen, hätte sie um so eher mit einem bedürfnisgerechten Beschaffungs- und Ausbildungskonzept auf die Schulen zugehen sollen. Das ist Auftrag der Verwaltung und nicht der Lehrerschaft oder der Schulleitung. Es geht um eine vorausschauende, weitsichtige Strategie zur Nutzung der Informatik als Hilfsmittel im Unterricht. Das gilt z. B. auch im Hinblick auf den kommenden Lehrplan 21. Die notwendigen Konzepte müssen nicht durch die Verwaltung neu entwickelt und evaluiert werden, es gibt viele Beispiele aus anderen Gemeinden und Schulen, die bereits über bewährte Konzepte verfügen. Zum Vergleich: Das Konzept der Gemeinde Köniz der dritten Gerätegeneration datiert vom 15. Mai 2007 und als Termin für die Beschaffung der Geräte ist der März 2006 aufgeführt. Rasches Handeln ist somit angesagt, das konkrete auf die bekannten Bedürfnisse ausgerichtete Resultate bringt.



**Fraktionssprecher Hermann Gysel (EVP):** Ich bringe drei Forderungen an die Arbeit in der DBS an, da man offenbar daran ist, ein Konzept zu erstellen:

Legen Sie bitte erstens den Fokus auf die Bedürfnisse und nicht auf die Informatik-Ausrüstung. Welche Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerschaft, welche Funktionen sind zu erfüllen. Daraus leitet sich die dafür notwendige Informatikausrüstung ab. Erfinden Sie bitte zweitens das Rad nicht neu. Es gibt viele Gemeinden und Fachstellen mit dem entsprechenden Know-how; arbeiten Sie bitte mit diesen zusammen. Drittens muss ich festhalten: Teilen Sie dem Parlament bitte mit, was vorgesehen ist, bevor mit einem Investitionsantrag an uns gelangt wird.

Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird der Abschreibung des Postulats nicht zustimmen.

Zum Schluss: Der Gemeinderat hält in seiner Antwort fest, dass mit dem Vorstoss offene Türen eingerannt werden. Ich sehe es aber eher in der Richtung, dass man uns damit wahrscheinlich ins Leere laufen lässt oder den Impuls des Postulats in eine zukünftige Zustimmung zum Kreditantrag umlenken will. Für die Erreichung dieser Zustimmung wird man sich noch einige Mühe geben müssen.

**Fraktionssprecher Markus Willi (SP):** Dass die Postulanten mit ihrem Vorstoss offene Türen einrennen und direktionsintern bereits Vorkehrungen zur Lancierung eines Neukonzepts getroffen worden sind, freut auch die SP-Fraktion zweifellos. Die Frage aber, weshalb nicht bereits früher proaktiv gehandelt worden ist, muss man doch stellen. Hinweise darauf, dass Handlungsbedarf besteht, waren bereits vorhanden. Aus den Bewertungen der Schülerbefragungen der letzten Jahre geht nämlich hervor, dass die ICT- und PC-Infrastruktur bereits ein Jahr nach der Einführung der dritten Gerätegeneration als nicht gut bewertet worden ist. Jedes Jahr kann dem Bericht entnommen werden: "Die Rahmenbedingungen werden dieses Jahr wieder ähnlich gut bewertet wie in den Vorjahren, Ausnahme bildet die Bewertung der ICT-PC-Infrastruktur. Sie wurde klar schlechter bewertet als andere Produkte." Jedes Jahr seit 2008. Noch mehr zu bedenken geben sollte jedoch der Umstand, dass die Beurteilung der ICT-Infrastruktur durch die Schülerinnen und Schüler noch nach der Investition von 1,272 Millionen Franken für die dritte Gerätegeneration immer noch schlecht war.

Ich bin beruflich in diesem Bereich tätig, ich arbeite bei der Schweizerischen Fachstelle für ICT in der Bildung und erlaube mir deshalb einige Anregungen, wie ein ICT-Konzept für die Schule erfolgreich ausgestaltet werden kann. Das Internet beeinflusst unsere Informations- und Kommunikationskultur so nachhaltig wie seit der Erfindung des Buchdrucks nicht mehr. Die neuen Möglichkeiten der Wissensaneignung und der elektronischen Kommunikation wirken auf das System Schule extrem vielfältig. Damit das Potenzial der Schulen zukünftig optimal genutzt werden kann, sind weitsichtige Strategien notwendig. Bei der Klärung hin zu solchen Strategien muss man sich aber Gedanken machen und Trends im Auge behalten. Die neue Lernkultur und der geschickte Einsatz von ICT müssen Hand in Hand gehen. Beim Lehren und Lernen werden Individualisierung, Selbstorganisation, Kooperation, Kompetenz und Handlungsorientierung immer wichtiger. Spätestens auf jeden Fall bei der Einführung des Lehrplans 21. Die ICT muss die Entwicklung von Lehrkultur hin zu Lernkultur unterstützen. Lehren und lernen sind offene Prozesse und benötigen eine extrem flexible ICT-Infrastruktur. Eine pädagogisch nützliche ICT-Infrastruktur kann sich nicht an den Konzepten von Produktion und Verwaltung orientieren, sondern sie benötigt flexible Lösungen und Nutzungsformen. Pädagogik und Technik müssen sich ergänzen. Die ICT-Infrastruktur ist nur ein Puzzleteil im Gesamtbildungssystem<sup>3</sup>. Dazu gehören noch die Medienkompetenz, die gelebte Informations- und Kommunikationskultur und der Einbezug der persönlichen Arbeitsgeräte. Eine gut funktionierende ICT-Infrastruktur für das Lehren und Lernen ist eine notwendige Grundlage, nicht aber das Kerngeschäft der Schule. Damit sich die Schule auf das Lehren und Lernen mit ICT und digitalen Medien konzentrieren kann, muss die Infrastruktur schlank, wartungsarm und kostengünstig konzipiert sein. Dadurch werden Ressourcen frei, die für den didaktischen Support der<sup>4</sup> Weiterbildung der Lehrpersonen verwendet werden können.

Einige Trends: Medien sind immer mehr digital und multimedial. In den nächsten Jahren werden die Lehrmittelverlage und die Medienhäuser auf allen Stufen vermehrt multimediale Unterrichtsmaterialien online anbieten. Der Schulverlag Plus ist ein gutes Beispiel dafür. Neben dem analogen Lehrmittel gibt es für das neue Frühfranzösisch<sup>5</sup> das Lehrmittel "mille feuilles", einen elektronischen fil rouge; eine Internetplattform die viele Möglichkeiten des Web 2.0 nützt und in den Unterricht integriert.

<sup>3</sup> An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

<sup>4</sup> An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

<sup>5</sup> An dieser Stelle wurde bei der Genehmigung des Protokolls eine Änderung verlangt.

Das wirft jedoch viele neue Fragen auf, wie z. B. die elektronische Identität der Schülerinnen und Schüler. Fragen der Authentifizierung, der Autorisierung, das ganze ICT-Management. Für die SP-Fraktion ist zurzeit klar und da gehen wir mit der FDP-Fraktion einig: Bevor die Leitgedanken und die damit verbundenen Trends nicht in einem Konzept inhaltlich verarbeitet sind, fehlt jede Basis zur Ausgestaltung eines bedarfsgerechten schulischen ICT-Konzepts für die Gemeinde Köniz. Aus diesem Grund wird die SP-Fraktion die Abschreibung des Postulats ablehnen. Stattdessen fordern wir – vor einem erneuten Kreditantrag für die Beschaffung von ICT-Infrastruktur – die Ausarbeitung eines zeitgemässen Medien- und ICT-Konzepts, das die von mir genannten Rahmenbedingungen für das Lehren und Lernen an den Könizer Schulen mit digitalen Medien und ICT enthält.

**Fraktionssprecher Markus Plüss (Grüne):** Das aktuelle ICT-Konzept der Könizer Schulen wird in der Praxis nicht so gelebt wie vorgesehen. Es funktioniert nicht so reibungslos wie gewünscht. Die Lehrerschaft muss sich auf eine Infrastruktur verlassen können, die schnell und zuverlässig funktioniert. Wenn dem nicht so ist, wird die Arbeit frustrierend und nicht effizient. Es soll nicht so sein, dass man sich, anstatt sich auf den Unterricht zu konzentrieren mit Hard- und Softwareproblemen herumschlagen muss. Die im Postulat aufgeführten Mängel sind auch mir von verschiedenen Seiten bestätigt worden. Wir begrüßen deshalb, dass das Konzept überarbeitet wird. Wir hoffen, dass möglichst viele Wünsche und Ideen der ICT-Verantwortlichen der Schule im Konzept aufgenommen werden, damit eine praxistaugliche Lösung entsteht.

Dass die Computer-Hardware nach nur vier Jahren nicht mehr dem Stand der Technik entspricht und ersetzt werden muss, ist in der heutigen schnelllebigsten Branche Tatsache. Es ist anzunehmen, dass dies weiter so bleiben wird. Man kann sich darauf einstellen, dass die Hardware, die 2014 beschafft wird, vier Jahre später bereits wieder erneuerungsbedürftig sein wird. Auch die Art, wie mit den Geräten gearbeitet wird und die dafür notwendigen Programme werden sich in den nächsten Jahren weiter ändern. Wie genau in fünf oder zehn Jahren gearbeitet wird, ist heute schwierig abzuschätzen. Es wird sicher anders sein als heute. In unseren Augen ist es wichtig, dass die Schule mit der Entwicklung einigermaßen Schritt halten und einen attraktiven ICT-Unterricht bieten kann, der dem Stand der Technik entspricht. Wir finden es auch gut, dass die Konzepte und die Ausrüstung für den ICT-Unterricht erneuert werden. Schade ist in unseren Augen, dass es noch so lange dauern wird, sicher noch ein Jahr.

Die Fraktion der Grünen stimmen der Erheblicherklärung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulats gemäss Antrag des Gemeinderats zu.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Ich widerspreche den Votanten nicht. Alle Personen, mit denen die Votanten gesprochen haben, auch mit jenen an den Schulen, müssen gesagt haben, dass wir an der Erarbeitung des Konzepts sind und die neue ICT-Generation in Angriff nehmen. Wenn Sie heute der beantragten Abschreibung nicht zustimmen, muss ich Ihnen entgegenhalten, dass mit einem Postulat ein Bericht des Gemeinderats verlangt werden kann, aber kein Konzept. Sie können die Meinung vertreten, dass Ihnen dieser Bericht zu wenig aussagekräftig ist und er daher nicht abgeschrieben werden kann. Im Postulat wird die Vorlage eines Gesamtkonzepts verlangt, was jedoch Aufgabe des Gemeinderats ist. Wir sind zurzeit an der Erarbeitung des Gesamtkonzepts, darüber sind alle Lehrpersonen informiert. Ich selber bin kein absoluter ICT-Spezialist, in der Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Schule ist Frau Susanne Haudenschild für die ICT an den Schulen zuständig, die sehr viel von dieser Materie versteht und an der Erarbeitung ist, dies mit einer 50-Prozent-Anstellung. Alles von ihr Erarbeitete ist in einem ersten Umgang dem Gemeinderat vorgestellt worden. Dies auch im Wissen, dass hohe Kosten auf die Gemeinde zukommen werden und dies nach bereits fünf Jahren wieder, nachdem schon damals ein hoher Kredit für ICT an Schulen bewilligt worden ist. Wir werden dies genau prüfen und befinden uns vertieft mit den Schulleitungen, den Lehrkräften und den ICT-Verantwortlichen der Schulen in Kontakt. Ich selber habe an der Schulleiter-Tagung in Kandersteg mit den Schulleitungen eine vertiefte Diskussion über den Zeitplan für die Einführung geführt. Es ist unbestritten, dass wir anpassen müssen, weil auch der Lehrplan mehr verlangt. Wir müssen auch mit den neuen Medien offen sein. Anlässlich der genannten Diskussion in Kandersteg sind wir zur Überzeugung gelangt, dass es Sinn macht, noch etwas zuzuwarten, ein gutes Projekt auszuarbeiten, dass alle von Ihnen gestellten Forderungen enthält. Die Schulen müssen noch ein oder eineinhalb Jahre mit dem Vorhandenen überbrücken. Die Schulleitungen haben sich dahingehend geäußert, dass sie dieser Weg stört und Kosten auslöst. Wenn sie aber sicher sein können, dass das Konzept ernsthaft angegangen wird, ist ihnen dieses Warten wert. Insofern nehme ich die abgegebenen Anregungen gerne auf.

Dass wir bei der Auswahl der jetzigen Generation, den mobilen Schulzimmern, nicht die glücklichste Hand hatten, dem ist so. Wir sind aber nicht die einzigen. Ich bitte Sie, der Abschreibung des Postulats zuzustimmen.

**Bernhard Bichsel (FDP):** Obwohl ich mich sehr gut an die Diskussion in den Neunzigerjahren zurück erinnere, als die FDP "Schulen ans Netz" forderte, möchte ich mich formal dazu äussern.

Gemeinderat Ueli Studer hat richtig festgestellt, dass mit dem Postulat ein Bericht des Gemeinderats verlangt werden kann. Der Vorstoss ist in zwei Teile aufgeteilt, in einen retrospektiven und in einen Ausblick. Der Bericht des Gemeinderats behandelt nur die Ist-Situation. So gesehen ist der Bericht formell nur zur Hälfte vorhanden. Ergo kann der Abschreibung nicht zugestimmt werden.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Bernhard Bichsel: Es ist keine Differenz vorhanden. Vorhin habe ich festgehalten, dass Sie die Möglichkeit haben, der Abschreibung des Postulats nicht zuzustimmen, weil Ihnen der Bericht zu wenig aussagekräftig ist. Sie können jedoch nicht die Abschreibung des Postulats ablehnen, weil das Konzept noch nicht vorliegt.

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird erheblich erklärt.  
(abgegebene Stimmen: Einstimmig)

---

#### **Beschluss**

Das Postulat wird nicht abgeschrieben.  
(abgegebene Stimmen. 20 gegen Abschreibung, 15 dafür)

---

## **9. Verschiedenes**

Folgender Vorstoss ist neu eingereicht worden:

1301 Motion (SP Köniz, Lüthi) "Volksmotion und Volkspostulat - neue demokratische Rechte!"

**Verena Koshy (CVP):** Die Parlamentsfeier fand auf der Eisbahn Schwarzwasser statt und es haben Diskussionen über die Erneuerung der Eismaschine, usw. stattgefunden. Wäre es möglich, in den Besitz einer Betriebsrechnung zu gelangen, damit ersichtlich wird, wie stark die Eisbahn genutzt wird, wie hoch die Einnahmen und die Ausgaben sind und welche Kosten der Gemeinde mit dem Betrieb der Eisbahn entstehen?

**Christian Burren (SVP):** Ich habe eine Frage, die Bahnverbindung S6 Bern – Schwarzenburg betreffend: Selber habe ich schon erlebt und nun wurde mir dies von verschiedenen Seiten zugetragen, dass der Fahrplan der S6 schlecht eingehalten wird. In Richtung Bern muss im Bahnhof Köniz regelmässig auf den Gegenzug aus Bern gewartet werden. Fast regelmässig gelangt die S6 deshalb verspätet im Bahnhof Bern an und das hat zur Folge, dass die Anschlusszüge verpasst werden. Ist dem Gemeinderat dieses Problem bekannt? Ist allenfalls diesbezüglich mit der BLS Kontakt aufgenommen worden? Die Verspätungen führen ausserdem zu längeren Schliessungszeiten beim Bahnübergang an der Könizstrasse.

**Gemeinderat Ueli Studer (SVP):** Zu Verena Koshy und ihre Frage betreffend der Betriebsrechnung Eisbahn Schwarzwasser: Diese kann bei mir jederzeit eingesehen werden.

**Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP):** Zu Christian Burren: Ich kann seine Fragen heute nicht beantworten. Ich höre diese Feststellungen heute zum ersten Mal und werde ihnen nachgehen. Die Antwort erfolgt an der nächsten Parlamentssitzung.

**Parlamentspräsidentin Erica Kobel-Itten:** Heute liegen keine Mitteilungen für das Parlament vor. Ich danke für Ihr Erscheinen und wünsche eine sichere Heimfahrt.

Im Namen des Parlaments

Erica Kobel-Itten  
Parlamentspräsidentin

Verena Remund  
Leiterin Fachstelle Parlament